

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Geltion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481,
Tel. Adr.: Reichsbahn Berlin, Tel.: Verein, Zeitungsverlag GmbH,
Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postleitz.: Berlin 27 870.

Bezugspreis vorauszahl. pro Woche 60 Pf. monatl. 2,60 M. einschl.
Fräderlohn in Berlin u. Orten in eig. Poststelle. Postbezug ausl. Postleitz.
geb. 2,60 M.; Streisland im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Erscheint täglich außer Montags

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenverwaltung: „Das Justizrat“, Allgemeine Justizrat-
Expeditio, m. b. h., Berlin B 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1
Kurfürst 1825/26. Schluss der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Anzeigenpreis: Die 12gsp. Millimeterzelle 35 Pf.; die 3gsp. Text-
millimeterzelle 2,50 M. Arbeiterorganis. u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf.
Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriften 30 Pf. Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

SA-Verbot zwischen Groener und Hitler abgekettet / Siehe im Blatt

Preußen rot - für Arbeit, Freiheit, Brot!

Überwältigende Sportpalastkundgebung jubelt dem Kampfruf des Genossen Ernst Thälmann für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Rätedeutschland zu — Die unabsehbare Front des Kommunismus marschiert — Jetzt auf der ganzen Linie zum Angriff gegen Hitler und Seizing übergehen! — 10 Sturmtage für unsere roten Vormarsch am 24. April!

Die Kommunistische Partei hat gestern abend im überfüllten Sportpalast in einer Kundgebung von überwältigender Kraft und Begeisterung ihren Willen zur neuen roten Offensive kundgetan. Die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins demonstrierte gestern abend ihre unverbrüchliche Freue zur Kommunistischen Partei und ihre Entschlossenheit, Hitler und Seizing zu schlagen. Der Jubel, mit dem sich die Massen zu den Freiheitslösungen des Kommunismus bekannten, die stürmische Begeisterung, mit der sie die Lösungen unseres Führers, des Genossen Thälmann: „Vorwärts zu neuen revolutionären Kämpfen!“ aufnahmen, manifestierten die unbesiegbare Kraft unserer revolutionären Freiheitsarmee.

Mit Hohn und Spott nahm die Riesenkundgebung die Ankündigungen des „Vorwärts“ auf, die KPD sei geschlagen. Um so vernichtender gestaltete sich Thälmanns Abrechnung mit dem Hitlerfaschismus und der Preußenregierung der KPD.

20 000 revolutionäre Kämpfer gaben gestern abend ihren Willen kund, an der Spize der Berliner Arbeiter und Werktagen in den nächsten 10 Tagen in breiter außerparlamentarischer Mobilisierung nun erst recht und noch zehnfach kräftiger vorzutreten. Sie erklärt:

Die einzige antikapitalistische und antifaschistische Partei ist die KPD. Unter ihrer Führung schlagen wir Hitler und Seizing. Unter ihrer Führung marschieren wir für ein rotes Preußen im freien sozialistischen Rätedeutschland!

*

Gestern sind unsere Arbeiterbataillone stolzer und wichtiger marschiert, als gestern beim Einmarsch in den Sportpalast. Kolonne um Kolonne marschierte unter nicht enden wollendem Jubel, die Verbände der jungen Antifaschisten, die Formationen des Kampfbundes, die Delegationen der roten Postler, „Rote Postler sind Rotes Preußen!“, die Delegationen der Eisenbahner und Kriegsbetriebe, unter tapferer deutscher Kompanie, die Frauen und die Jungpioniere. Fast eine halbe Stunde dauerte der Einmarsch.

Nach einleitenden Worten des Genossen Walter Ulbricht, der unter brausendem Beifall unseres Gruss den Generalstreikstreikern im tschechischen Kohlengebiet sandte und der bejubelnden des ernordeten Genossen Weiz gesäute, nahm Genosse Ernst Thälmann das Wort zu seiner großen Kampfrede für ein rotes Preußen im Rätedeutschland. Die Begeisterung erhob sich zu einem Höhepunkt, donnernde „Rot-Front!“-Rufe, in die die Musikkapellen einstimmten.

Der politischen Armeleiigkeit der sozialdemokratischen Führer redeten, die nach 14 Jahren sozialdemokratischer Regierungspolitik in der Sportpalast-Kundgebung am Montag mit leeren Händen vor die Arbeiter hintraten, legte Genosse Thälmann unsere proletarische Klassenpolitik für die 20 Millionen Erwerbslosen und Kurzarbeiter, für alle Notleidenden entgegen. Unser oberstes Geheiß ist und bleibt bei allem Handeln: Die proletarische Revolution.

Genosse Thälmann enthielt unter stürmischer Zustimmung das SA-Verbot als ein abgekettetes Manöver der herrschenden Klasse und der SPD, um die Hitlerpartei „regierungsfähig“ zu machen, um gleichzeitig falsche Faschierung und die verschärfte Verfolgung der revolutionären Arbeiterschaft durchzuführen. (Die inzwischen bekanntgewordenen Mitteilungen über die Vereinbarungen zwischen Hitler und Groener beim SA-Verbot bestätigen völlig diese klare kommunistische Einschätzung der „Wahlbombe“ der SPD. Die Red.)

Die Rede des Genossen Thälmann, die oft von stürmischen Beifall unterbrochen wurde, rechnete ab mit dem Schwinden des „Krisenkongresses“. Sie schärfte das Zusammenspiel zwischen SPD. und NSDAP. in der deutschen Politik und

zeigte den geschichtlichen Niedergang der Sozialdemokratie. Die Massen jubelten den Lösungen unserer Todesfeinde! — gegen die Kapitalistendiktatur, gegen Hitler und Seizing, der Abrechnung mit dem preußischen System Braun-Seizing fürchtig zu:

Auf die Dauer kann die Mehrheit der Arbeiterschaft nicht von der Bourgeoisie irregenföhrt werden. Schon am 24. April werden wir allen denen, die unsere Vormarsch aufzuhalten glauben, einen revolutionären Streik durch die Revolution machen. Das ist keine parlamentarische, sondern eine Aufrüstung unserer verschärfsten außerparlamentarischen Mobilisierung. Unser Blick ist auf revolutionärer Perspektive vorwärts gerichtet! Wir marschieren für die Wahl der Völke 4 in Preußen, mit dem Spitzendidaten Genossen Wilhelm Pieck, dem Mittämpfer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburgs unter den Lösungen: Es lebe die proletarische Diktatur! Nieder mit dem Kapitalismus! Es lebe das rote Preußen in einem freien sozialistischen Rätedeutschland!

Auf jeden Satz antwortete der Beifall der Massen, die Siegesgewissheit der Kommunisten und klaffendbewussten Arbeiter.

Im Verlauf der gestrigen Riesenkundgebung kam es zu einer besonderen Demonstration, als Genosse Ernst Thälmann den Leipziger Schandspurz gegen den Genossen Scherzer behandelte

und Scherzers revolutionären Stolz, das Beispiel der 8000 eingekerkerten proletarischen Revolutionäre, zeigte. Aus der Masse erhoben sich Hochrufe auf Scherzer, in die die ganze Riesenkundgebung einstimmte. So demonstrierten die Berliner Arbeiter für Scherzer und die 8000!

Die Feinde des Kommunismus haben sich eingebildet, mit Hilfe ihrer schmützigen Verleumdungen und Lügen irgendeine Depressionstimmung in die Kampfreihen des Kommunismus tragen zu können — sie haben es erreicht. Sie haben den Kampfwillen der Zehntausende von Berliner Kommunisten, der Hunderttausende von Anhängern des revolutionären Kampfes in Berlin herausgefordert.

Die gestrige Sportpalastkundgebung, die die Kampfreidigungskundgebung unserer Partei seit langer Zeit war, bildet den Auftakt zur neuen roten Offensive in Berlin, die ab heim in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln einzehen wird. Rote Fahnen und Transporte für Völke 4 in den Arbeitervierteln heraus! Den Erwerbslosentag und den Lustgartenauftakt am kommenden Dienstag mit aller Kraft vorbereitet!

In den nächsten 10 Tagen muß Berlin mit dem neuen roten Strom unseres revolutionären Willens überflutet werden!

Der Schwindel des „Krisenkongresses“

Stegerwald kündigt neuen Lohnabbau und Erweiterung der Arbeitsdienstpflicht an — Kein Geld für Arbeitsbeschaffung — kämpft für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD.

Der gestrige „Krisenkongress“ enthüllte den niedrigrächtigen Schwindel der ADGB-Führer. Der „Krisenkongress“ soll eine Wahlparole für die SPD. zu den bevorstehenden Preußenwahlen liefern: Arbeit wird kein Erwerbsloser dadurch bekommen.

Brünning, dessen Rede auf dem Kongress offiziell angekündigt war, erschien nicht. Stegerwald, der ihn auf dem Kongress vertreten, hielt eine Rede, die auf die Versammelten deprimierend wirken mußte.

Stegerwald sagte in seiner Rede mit Anspielung auf den Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB.: „Gegen eine Inflation wäre selbst Nichtstun noch das kleinste Uebel.“ Die Kriege würde noch das ganze Jahr 1932 andauern, die Erwerbslosigkeit werde sich

im Zusammenhang mit dem Rückgang der Ausfuhr steigern. In bezug auf die Löhne sprach Stegerwald von der Notwendigkeit „einiger Angleichungen“, d. h. eines neuen Abbaus. Die freiwillige Arbeitsdienstpflicht sei auszubauen.

Die Eröffnungsrede Leiparts, das Referat Eggerts und die Diskussion wiederholten die alten „Forderungen“ des ADGB.: Arbeitsbeschaffung durch Kreditausweitung, 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich.

Zu einer Entschließung werden diese „Forderungen“ zusammengefaßt. „Der Kongress fordert alle Volksgenossen auf, die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung zu erkennen“, das ist das einzige Mittel des ADGB. zur Arbeitsbeschaffung. Die „Volksgenossen“, in der Reichsregierung sollen die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung einsehen, darauf verzichtet der ADGB. die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter.

Die Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden diesen Kongress als einen Hohn auf ihre Not empfinden. Ein Gewerkschaftskongress, der sich in dieser Zeit versammelt, beschränkt sich auf eine Appellation an die Brünningregierung, an den kapitalistischen Staat. Die Regierung, die herrschende Klasse sollte die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung erkennen.

Die Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die noch bisher die Hoffnung hatten, die Gewerkschaftsführer werden Arbeit für die Erwerbslosen schaffen, müssen sich jetzt vom Gegenseit überzeugen.

Es gibt nur einen Weg zur Widerung der Lage der Erwerbslosen, das ist der Weg, den die KPD. und ADGB. zeigt, der Weg des Kampfes. Wir, die Anhänger der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, rufen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu Hand zum gemeinsamen Handeln, zum gemeinsamen Kampf für Arbeit, Unterstützung und Lohn. Organisiert den Kampf um die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD.!

(Ausführlicher Bericht im Innern des Blattes.)

Überall neue Börsenbrüche

Zusammenbruch Deterding und Morgans

Die Weltbörsen hatten gestern wieder einmal einen Schwund. In allen Börsen sanken die Kurse rapid. Die deutschen Börsen, die erst seit zwei Tagen wieder in Betrieb sind, hatten katastrophale Kursstürze zu verzeichnen.

Die Hintergründe dieser Kursstürze an allen Börsen liegen darin, daß der Petroleum-Krash Deterding, einer der größten Weltkrisen, im Wanzen ist. Nach dem Jähdholz-Krash folgt der Delfkongig, Deterding. Im Zusammenhang damit wird bekannt, daß ein Zusammenbruch des großen amerikanischen Bankhauses Morgan droht. Ein Zusammenbruch dieses größten Zentralbankiers würde die Weltwirtschaftskrise ungeheuer verschärfen.

SAU verboten! — Die Hintergründe des Verbots

Hitler mit dem Verbot einverstanden — Aussatz zum Eintritt der Nazis in die Regierung

Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts endeten am späten Nachmittag mit der Annahme einer Notverordnung, durch die nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln ab sofort verboten werden.

Es ist, bevor wir auf die tieferen Gründe dieser Maßnahme eingehen, notwendig zu betonen, daß die SA- und SS-Führung seit Wochen und Monaten von dem geplanten Verbot in Kenntnis gesetzt war und so Gelegenheit hatte, den ganzen Apparat der SA und SS, umzustellen.

Sturmabteilungen längst gewarnt und umgestellt

Während man noch am Tage vor dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes die Wirkung des Verbots leugnete, um am nächsten Tag mit der in allen Orten erfolgenden Besetzung der Büros und der Belägrung des Materials dem NS-A einen entscheidenden Schlag zu versetzen, war es bei SA und SS ganz anders. Ihnen ließ man lange Zeit, sich auf das Verbot vorzubereiten, und tatsächlich führten die Sturmabteilungen seit Monaten bereits eine Doppelexistenz, sind sie als „Vollsporthallen“ und unter anderen Namen getarnt.

Gemeinsame Regierung SPD.- Hitler durch Verbot erleichtert

Hinter der Notverordnung verborgen sich hochpolitische Urzüge. Es mag paradox klingen, aber bleibt doch wahr: Die SA ist verboten, um die Vorbereitung des Eintritts der Nazis in die Regierung zu schaffen. Frankreich, von dessen Macht jede kapitalistische Regierung Deutschlands mehr oder weniger abhängig ist, hat nichts gegen Hitler einzumenden, besonders, seitdem er die Erfüllungspflichtungen gegenüber dem internationalen Finanzkapital eingegangen ist. Aber es traut den proletarischen Elementen in der SA nicht und weiß, daß, wenn Hitler durch seine prahlische reaktionäre Regierungspolitik den Sturmabteilungen die große Enttäuschung bereiten wird, sie rebellieren könnten.

Vor allem aber gibt die Bourgeoisie durch das Verbot ihrem sozialfascistischen Flügel die Möglichkeit, vor den SPD-Arbeitern die Einbeziehung der Nazis in die Regierung zu rechtfertigen. Vor wenigen Tagen hat Seeringer erst in Hamburg die Erklärung abgegeben, daß er „gar nicht abgeneigt“ wäre, mit den Nationalsozialisten in einer Koalitionsregierung zu sitzen. Jetzt sollen die SPD-Führer in den Stand gesetzt werden, ihren Mitgliedern zu erklären, daß nach dem Verbot die Hakenkreuzler ja gar nicht mehr so gefährlich seien.

Der bedächtige Eintritt Hitlers in die Regierung ist auch von höchster außenpolitischer Bedeutung. Er bedeutet die größte Verstärkung des Antisowjetkurses.

Hitler ist das Verbot willkommen

Das schmugligste Spiel in dieser Angelegenheit aber treibt Hitler selbst. Er, der den Tag gar nicht erwarten kann, wo er in die Ministerjessel gelangt, begünstigte das SA- und SS-Verbot. Er hat schon immer in schärfsten Konflikten mit den Sturmabteilungen gestanden, in denen eine ganze Reihe ehrlicher werktätiger Elemente gegen seinen kapitalistischen Kurs rebellierten. Wir erinnern an die Stennes-Revolte im vorigen Jahr, in deren Verlauf ganze Teile der SA in Norddeutschland von Hitler abfielen mit der ausdrücklichen Begründung, daß sie seine Youngpolitik nicht mitmachen könnten.

Mit Mühe und Not hat der Osaf den Sturm besänftigen können, aber ununterbrochen — das weiß jeder Kenner der internen Vorgänge in den Sturmabteilungen — gärt es in der SA. Hitler will diese unruhigen Abteilungen loswerden. Sie waren ihm willkommen, soweit sie Arbeiter morden, aber sie sind ihm ein Hindernis, weil bei ihnen die Erkenntnis dämmt, daß sie missbraucht werden, weil sie von Hitler antikapitalistische Taten sehen wollen.

Es ist äußerst auffällig, daß Hitler, der das Maul sonst so voll nimmt, gegen die seit Wochen bekannten und auch von uns notierten Verbotsabsichten nichts unternahm. Im Gegenteil, er hat mit Groener-Schleicher das Verbot der SA und SS verhindert. Auch die amtliche Begründung bestätigt, daß das Verbot den Zweck hat zu verhindern, daß die NSDAP, durch die SA, in die Illegalität gedrängt wird. Deutlicher kann gar nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß durch das Verbot der SA die Regierungstore für die NSDAP geöffnet werden sollen.

Mordterror soll verschärft werden

Das heißt durchaus nicht, daß etwa der Feldzug der Hakenkreuzbanditen gegen die Arbeiterschaft eingestellt wird. Ganz im Gegenteil: der Mordterror soll in den nächsten Wochen verschärft werden. Hitler wird so versuchen, die Kut der SA und SS auf die Arbeiterschaft abzulenken, ihr dort mehr noch als bisher Schußziele zu bieten.

Darum ist die höchste Wachsamkeit notwendig! Mit Energie gilt es schon heute, morgen und in den nächsten Tagen, den SPD-Führern entgegenzutreten, die aus dem SA- und SS-Verbot eine Wahlkarte für sich machen und die in Wirklichkeit damit nur den Zeitpunkt der gemeinsamen Regierung mit Hitler, Frick und Goebbels beschleunigen wollen. Es gilt, der Demagogie der Naziführer entgegenzutreten, die einerseits das Verbot mit herbeiführten, um schneller noch ins Regierungsgeschäft zu kommen, und die andererseits das Verbot herzuheben, um sich als verfolgte Gegner des Systems aufzuspielen und so ihre Unabhängigkeiten weiter irreführen.

Es bleibt dabei: Nicht Hindenburg-Groener-Seeringer,

die ja die Nazis erst in die Reichswehr aufnahmen, sind die Feinde des Hakenkreuzfascismus, sondern nur die klassenbewußten Arbeiter. Auf ihnen allein ruht die Verantwortung des Kampfes gegen den Faschismus in allen seinen Spielarten. Sie müssen in Betrieben, Stempelstellen und Häuserblocks den roten Massenverbünden organi-

nieren und überall die Forderung erheben: Hier mit der Aufhebung des SA-Verbots, durch das Seeringer der SA, erst die Wahlstimmungsmöglichkeiten verschaffe!

Es lebe die rote Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei im Kampf gegen Hitler, Brünning, Groener und Seeringer!

Hitler war durch Groener vorher informiert

Hitler verfügt selbst die Auflösung der SA. — Alles Material rechtmäßig in Sicherheit gebracht

München, 13. April, nachts 12 Uhr. (Eigene Drahtmeldung.) Hitler, Stabschef Höhne und Stabschef Himmler sind am Dienstag per Flugzeug nach Berlin geflogen, wurden von Groener und General Schleicher empfangen. Zweck der Besprechung war die Auflösung der SA und SS. Bereits am Dienstagvormittag in der Zeit zwischen 9 und 12 Uhr wurde

im Brauhaus in München sämtliches Material der SA und SS unter den Augen der Kriminalpolizei weggeschafft.

Die Straßen und Zugänge sowie das Brauhaus waren frei und nicht besetzt.

Am Mittwochabend um 6 Uhr hat die Reichsleitung der NSDAP die Auflösung der SA und SS verfügt. Erst nachdem diese Verfügung getroffen war, erschien nach 12 Uhr — also über eine halbe Stunde später — im „Brauhaus“ in München die Polizei in Stärke von drei bis vier Hundertschäften der Landespolizei. Die Wach-

posten im „Brauhaus“ wurden nach Haus geschickt. Die Polizei ist im Gebäude des Brauhauses geblieben.

Die Empörung der SA- und SS-Leute über den Befehl durch ihre Führer ist ungeheuer. Überall bilden sich Diskussionsgruppen, in denen die SA- und SS-Leute zum Ausdruck bringen, daß sie sich nicht verjagen lassen, weil ihre Bonzen jetzt ministeriell geworden sind und keine Schutztruppe mehr brauchen. Die allgemeine Stimmung unter den SA- und SS-Leuten wird durch solche Aussprüche wiedergegeben, wie z. B.: „Nun haben wir ausgedient, jetzt werden sich unsere Herren von der grünen Polizei bewachen lassen.“

Diese Meldung aus München bestätigt nur unsere Feststellung, daß dem Verbot von SA und SS Vereinbarungen zwischen Hitler und Groener vorausgegangen sind, daß Hitler die SA und SS verraten und verkauft hat, um die NSDAP regierungsfähig zu machen. In diesem ganzen Manöver haben die SPD-Führer einen Anteil genommen.

Vom Hakenkreuz zur roten Front

„Der Weg Scheringers ist der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit“

Köln, 13. April. Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ teilt mit, daß der bisherige Gebietsführer der Hitlerjugend Nordwestdeutschlands, Wilhelm Kässer in Köln, aus der NSDAP ausgeschlossen ist. Der Abschluß Kässers wird damit begründet, daß K. „in scharem Widerstand NSDAP steht, und daß seine Opposition in der Linie der ehemaligen Opposition des Hauptmann Stennes“ liegt.

Kässer selbst überibt der Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er betont, daß „alle seine Versuche, den Gedanken des nationalen Sozialismus vor einer Verfälschung zu bewahren, vergeblich waren“. Weiter gibt Kässer die Gründung des „Bundes revolutionärer Jugend“ bekannt, als deren Ziele er die „Zusammenfassung aller der jungen Kräfte, die für eine nationale und soziale Befreiung Deutschlands eintreten“, bezeichnet.

Der Austritt des bisherigen Gebietsführers der Hitlerjugend, Kässer, aus der NSDAP, wirkt ein Blühdicht auf die sich zuspielenden sozialen und nationalen Widersprüche in der Nazipartei. Zur selben Zeit, wo 13 Millionen rheinische Hitler gegeben haben, wenden Angehörige der NSDAP, die es ehrlich mit der nationalen und sozialen Befreiung Deutschlands meinen, der Partei des deutschen

und internationalen Finanzkapitals, der Partei der Geobachter“ und internationalen Finanzkapitals, der Partei der Korruptionen am laufenden Band, ihren Rücken. Der Weg, den Kaiser zunächst beschritten hat — die Bildung einer selbständigen Splittergruppe —, ist ein falscher. Er muß in dem Sumpf der politischen Eigenbrödelei führen und hilft objektiv nur dem Hitlerfascismus.

In Prenzlau (Mark) erklärte in einer öffentlichen Versammlung der KPD am 8. April das bisherige Mitglied der Strasser-Gruppe Erich Götsch seinen Austritt zur KPD. In einer schriftlichen Begründung seines Austritts in die Rote Einheitsfront betont Götsch Götsch, daß er zur Überzeugung gelommen ist, daß die „Revolutionären Nationalsozialisten“ nur eine besondere Filiale des Hitlerfascismus sind. Die Erklärung des Genossen Götsch schließt mit den Worten:

„Nicht der Weg Ludwigs und Wendts, sondern der Weg Scheringers ist der Weg zu Arbeit, Brot und Freiheit. Nur unter dem roten Banner des Klassekampfes unter Führung der Kommunistischen Partei wird die Befreiung des werktätigen Volkes vom kapitalistischen Joch herbeigeführt.“

Das ist der Lügen-, „Vorwärts“!

Schmutziges Zusammenspiel zwischen Hakenkreuzlern und SPD.

Der „Vorwärts“ bringt seit zwei Tagen die freie Lüge von dem angeblichen Übergang kommunistischer Funktionäre in Brauhaus zur Partei des Hitlerfascismus. Wie sind der Angelegenheit auf den Grund gegangen.

Wir stellen fest:

In Schöningen sind nicht 10 aktive kommunistische Funktionäre, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März Hitler verdeckt geblieben haben, zu den Nazis übergetreten, sondern drei ehemalige Kommunisten, die schon seit Jahr und Tag nicht mehr Mitglieder der KPD sind, haben ihren Eintritt in die NSDAP erklärt.

In Blankenburg am Harz ist entgegen der Meldung des „Vorwärts“, der sich auf die dortige Naziparteileitung beruft, nicht ein einziger KPD-Funktionär, nicht ein einziges gewöhnliches Mitglied der KPD zur NSDAP übergegangen. Die Hitlerpartei hatte in einem Kundschreiben zum Besuch der NSDAP-Mitgliederversammlung aufgefordert und als Körde für die Arbeiter in der Einladung mitgeteilt, daß dort „25 KPD-Funktionäre zur NSDAP übergetreten werden“. Dieses Schreiben wurde auch an kommunistische Arbeiter verteilt. In der Mitgliederversammlung der Nazis mußte der Versammlungsleiter eingestehen, daß die Angaben seines Schreibens der Wahrheit nicht entsprechen. Er gab seinem Gedauern Ausdruck, daß keine Kommunisten erschienen seien. Ein einziger Kommunist war mit seiner Frau zur Versammlung gekommen, um sich einmal den Naziführern vor der Nase anzusehen.

Die Nazis machten vergebliche Versuche, sie für die Partei des Hakenkreuzfascismus zu gewinnen. Beide Genossen erklärten, daß sie gar nicht daran dachten, zum Hitlerfascismus, der der Todfeind der Arbeiterklasse ist, überzulaufen, sondern daß sie nunmehr mit verdoppelter Energie in den Reihen der KPD gegen National- und Sozialfascismus kämpfen werden. Auf Grund der gemeinsamen und bewußten Lügen der SPD-Presse haben beide Genossen eine schriftliche Erklärung in obigem Sinne abgegeben.

Damit ist das gemeinsame, schmuglige Wahlmandat des Lügen-„Vorwärts“ entlarvt. Die „Vorwärts“-Redakteure sind nicht einer Freiheit zum Opfer gefallen, sondern sie schlachten in vollem Bewußtsein ihrer eigenen Lügenhaftigkeit eine dumme, gemeinsame Hakenkreuzlügen aus. Kommunisten sind die Todfeinde des Hitlerfascismus! Aber führende SPD-Funktionäre laufen — wie wir an einer anderen Stelle der Zeitung feststellen — von der SPD zur NSDAP über, wo sie in Ehren aufgenommen werden und wo sie ihre alte arbeiterfeindliche faschistische Politik unter dem Banner des Hakenkreuzes ebenso gut oder noch besser durchführen können, wie in der Partei der Weis, Braun und Seeringer.

Die Antwort auf das Wahlmandat des Lügen-„Vorwärts“ lautet für alle Werktätigen: Am 24. April jede Stimme der Rote 4, der Rote 4 der Kommunisten!

Klagges „proteistiert“ . . . und führt durch

Braunschweig, 13. April. Der Naziminister Klagges erklärt eine lange schelmische Erklärung gegen das SA-Verbot. In dieser Erklärung protestiert der Naziminister zwar gegen das „ungerechtfertigte Verbot“, sagt aber mit keinem Wort, daß er das Verbot nicht durchführen werde. Nazi-Klagges protestiert nur zum Schein und führt das SA-Verbot durch.

Hitler und das Seizing-Regime am Pranger! Rotes Preußen im sozialistischen Kätedeutschland! Die gefrige Sportpalaft-Rede des Genossen Ernst Thälmann

Genossen! Zu Beginn meiner Rede will ich eine Frage behandeln, die in den nächsten Wochen zweifellos in den Reihen der Arbeiterklasse große Auseinanderzetzungen hervorrufen wird: das Verbot der SA und SS, das heute von der Reichsregierung ausgesprochen wurde. Dieses Verbot wirft die Frage auf: wie kann die deutsche Arbeiterklasse den Faschismus schlagen?

Zweifellos wird der „Vorwärts“ morgen früh jubeln, das Verbot sei ein „Sieg der SPD über den Faschismus“. (Lachen.) Aber wir sagen:

Groener und Seizing können niemals den Faschismus schlagen.

(Sehr richtig!) Diejenigen, die ja nur einen Flügel des Faschismus darstellen, können niemals etwas Ernsthaftes gegen den Faschismus unternehmen.

Drei Gründe sind maßgebend für das SA-Verbot: 1. handelt es sich um eine außenpolitische Maßnahme im Hinblick auf die kommenden Reparationsverhandlungen; 2. ist es ein doppelter Wahlkampf sowohl für die SPD, wie für die Nazis — gerichtet gegen die KPD; 3. ist es ein indirekter Liebesdienst für Hitler, der auf diese Weise von der unbedeckten SA bereit wird und jetzt legal in die Regierung hinein kann. (Lebhafte: Sehr richtig!)

Wir sagen offen, daß das papierene Verbot mit dem wahren Kampf gegen den Faschismus nichts zu tun hat. Im Gegenteil wird in den nächsten Wochen mit verschärften Maßnahmen sowohl von Seiten der Regierung, wie von Seiten der Nazibanden gegen die kommunistische Partei zu rechnen sein.

Preußischer Landtag gegen Erwerbslose

Außer diesem Ereignis gibt es drei Tatsachen in den letzten Tagen, die für die Führung des preußischen Wahlkampfes von größter Bedeutung sind. Im Preußischen Landtag verlangten wir Kommunisten die Behandlung unserer Anträge mit den Forderungen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die heute schon zwanzig Millionen Menschen in Deutschland ausmachen. Wir verlangten Aufhebung der Notverordnungen gegen die Erwerbslosen. Aber keiner dieser Anträge wurde behandelt.

Das zweite Ereignis ist die Sportpalaftkundgebung der SPD vor zwei Tagen, wo es die kleine Sensation gab, daß drei Ottos auf einmal sprechen sollten (Lachen). Zwei oder drei Ottos aber machen den Kohl der SPD nicht fertig. In dieser SPD-Veranstaltung herrschte ein unglaublich politischer Tieftand. Nicht ein Wort über die Millionen Erwerbslosen! Nicht ein Wort über den Lohnraub!

Wir sind nicht davon überrascht. Aber überrascht waren diejenigen, die ein Wahlprogramm von der größten Regierungspartei erwarteten.

Man hätte erwarten müssen, daß ein „Staatsmann“, dessen Partei seit 14 Jahren am Ruder sitzt, den Arbeitern sagt, was in dieser Zeit geleistet und erreicht wurde. Aber nichts davon geschah!

Der Ministerkongreß des ADGB.

Das dritte Ereignis ist der „Krisenkongreß“ des ADGB, auf dem aber alle Vertreter von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen ferngehalten sind. Nur Minister wie Steigerwald, Warbold, Braun und Seizing sind anwesend. Steigerwald forderte, selbst unter Widerspruch bei dieser erlauchten Bevollmächtigung, „Angleichung der Löhne“, d. h. neuen Lohnabbau.

Der „Krisenkongreß“ ist nur ein Betrugsmäntel. Er bringt keine Arbeit und keine Linderung der Not. Er soll zur Verhüting der Erwerbslosen dienen, was auch in einem Telegramm an den französischen Imperialismus zum Ausdruck kommt. Die Erwerbslosen können ihre Lage nur verbessern, wenn sie die Forderungen des Reichserwerbslorenausschusses zur Grundlage ihrer Massenaktionen machen. (Beifall.)

All diese Tatsachen zeigen, wie in Preußen der Wahlkampf geführt werden soll, wie man sich die Ministerjessel erhalten will.

Wir Kommunisten sind die einzige antikapitalistische Partei.

Wir wollen keine Ministerposten. Wir sind die einzige Partei der freien Todseinschaft gegen das kapitalistische System, auf Gedenk und Verdorb verbunden mit dem Proletariat und allen

Unterdrückern. (Stürmischer Beifall.) Wir sind die Partei der Erwerbslosen, der Betriebsarbeiter, der Mittelständler und armen Bauern. Die Mehrheit aller Massen in unseren Reihen zu erhalten, ist unsere gesichtliche Ausgabe, die wir lösen werden. (Beifall.)

Die SPD zittert um ihre kapitalistischen Ministerposten, ihre Politik ist die Politik des Kapitalismus. Wir dagegen kennen nur eine Richtung: das Klasseninteresse des Proletariats, das Klasseninteresse aller ausgebütteten Werktäglichen! (Stürmischer Beifall.)

30 Millionen Erwerbslose erheben Auflage

gegen das kapitalistische System, gegen alle Parteien des Systems. Wenn diese hungrenden Massen ihre gewaltige Kraft erkennen, dann sind wir der Erfüllung unseres Ziels viel näher. Wenn diese Massen in Marsch lämmen, wie würden dann die Klassenfeinde zu zittern beginnen. (Stürmischer Beifall.)

Das ist die graue Elendsarmee. Aber sieht es im Betrieb, im Kontor anders aus? Haben die Angestellten und unteren Beamten ein besseres Leben? Werden Mittelständler und Kleine Bauern nicht von Steuern und Zöllen ausgeplündert? Alle haben sie das gleiche Interesse: Beseitigung der kapitalistischen Herrschaft.

SPD und Nazis — zwei Kapitalistküsten!

Allerdings ist es heute noch so, daß große Teile dieser Massen noch nicht unsere revolutionären Schlüsse gezogen haben. Ihnen allen muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß ihr Schicksal im Kapitalismus nicht verbessert werden kann.

Uns interessiert vor allem Hitlerpartei und SPD. Die Bourgeoisie benutzt die beiden Parteien wechselseitig gegen zwischen SPD und Nazis hervor ein Konkurrenzkampf um die Prüden. Gerade dadurch sind sie instand, die Massen zu täuschen. Die SPD hätte nur einen Bruchteil ihrer Anhänger

für den kaiserlichen Generalstabsmarsch mobilisieren. Hitler hätte nur einen Teil der 13 Millionen aufbringen können, wenn sich nicht beide gegenseitig in die Hände arbeiten würden.

Es ist eine ernste Mahnung für uns, daß 23 Millionen für die Kandidaten der Reaktion bestimmt haben. Das zeigt, daß die Illusionen über das kapitalistische System noch außerordentlich groß sind. Aber das entmutigt uns nicht.

Wir sehen die Zahlen klassenmäßig, nicht parlamentarisch.

Wir bauen nicht auf die Dummheit der Massen wie SPD und Nazis, sondern wir wollen ihr Klassenbewußtsein. Wir haben die felsenste Ueberzeugung, daß auf die Dauer die Führer und der Betrug der Massen unhalbar ist, doch der Tag kommt, wo die Massen den kapitalistischen Plunder besiegen und ein freies, sozialistisches Deutschland erkämpfen werden. (Stürmischer Beifall.)

Das Wizblatt, der „Vorwärts“, kündigt, wie schon so oft, den Bankrott der KPD an (Lachen). In der „Vorwärts“-Redaktion steht scheinbar ein Goebbels. Immer wenn der „Vorwärts“ unserer Bankrott ankündigte, ist es ihm schlecht bekommen.

Nicht die Kommunisten bankrottieren, sondern die SPD befindet sich, historisch gesehen, im Niedergang und moralischen Bankrott. (Händeklatschen.)

Verbote halten uns nicht auf!

Zu den überwachenden Polizeioffizieren gewendet, erklärt Genosse Thälmann: „Wenn die Bourgeoisie versuchen sollte, die revolutionären Organisationen zu verbieten, so sagen wir, ihr: Den Aussieg einer solchen Bewegung wie der unseren, könnte ihr niemals mit Verboten aufhalten. (Donnernder minutenlanger Beifall.)

Wer glaubt, durch Tricks und Manöver unsere Partei aufzuhalten zu können, ist auf dem Holzweg. Unsere revolutionäre Leidenschaft wird der Bourgeoisie zeigen, daß wir schon am 24. April einen Stich durch ihre Rechnung machen werden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Wir fragen die Millionenmassen des werttätigen Volkes, denen von der SPD Versprechungen über Versprechungen gemacht wurden: Hat sich eure Lage nach dem 10. April geändert? Haben die Erwerbslosen einen Bissen Brot mehr? Haben sie Arbeit bekommen? Wird den Betriebsarbeitern, den unteren Beamten und Angestellten nicht vielmehr, wie Steigerwald heute ankündigte, Lohn und Gehalt weiter gelöst? Sind die Angriffe der kapitalistischen Reaktion geringer geworden? (Rufe im ganzen Saal: „Nein! Nein!“)

Genossen und Genossinnen! In diesen Tagen hat die Klassenjustiz ein Schandurteil gegen unseren Genossen Scheringer gefällt. (Gellende Pfiffe!) Scheringer hat den nationalen Vertrag der Hafenkreuzler entstellt, er hat sein Examen nicht auf der Universität, sondern auf der Festung bestanden. (Stürmisches Händeklatschen.) Er hat auf der Festung gelernt, daß nur eine Partei den Kampf gegen Versailles und Young führt: das ist die KPD!

Zu diesem Augenblick wird Genosse Thälmann durch eine spontane Kundgebung der Massen unterbrochen, die in lautem Hochrufen den Genossen Scheringer feiern.

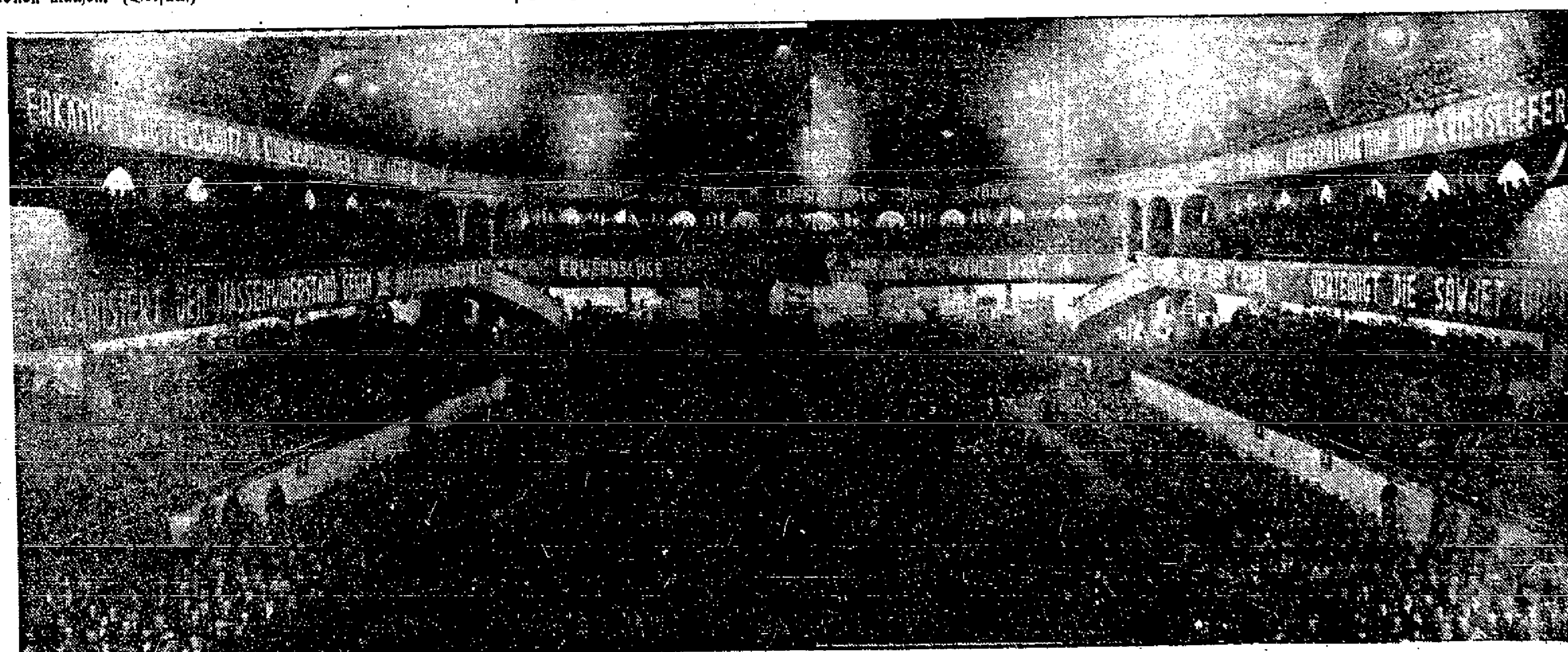
Genosse Thälmann führt fort: „Heute sperren sie noch unsere Bögen ein. Aber wir sagen ihnen, daß eine Zeit kommt, wo wir sie einsperren werden.“ (Zubelder Beifall.)

Die Doppelzüngigkeit der Nazis

Goebbels erklärte im Sportpalaft, daß zwölf Stunden nach Hitlers Regierungsantritt die Notverordnungen aufgehoben werden würden. Hitler selbst aber sagte in seinem berühmten Interview mit Knickerbocker, daß der Vertrag von Versailles und die Notverordnungen Tätsachen seien, mit denen man rechnen müsse. So doppelzüngig ist die Politik der Nazis. Sie machen allen Schichten Versprechungen, den Ausbeutern und den Ausbeuteten.

Nur eine Partei kämpft gegen Versailles: die KPD!

Wer nicht gegen die Kapitalisten im eigenen Land kämpft, kann nicht gegen Versailles kämpfen. Und die Hitler-Partei ist, wie Krupp selbst zugegeben hat, von den schlimmsten Lohnräubern des Montan-Trusts mit Millionen bezahlt, damit sie die Kommunisten, die Kämpfer gegen den Lohnabbau, niederschlagen



Ein Blick in den Sportpalaft — Die Massen in Erwartung des Einmarsches

soll. Und so sehen wir, wie die Hitler-Partei auftragsgemäß die Besten unserer arbeitenden Jugend, unserer roten Front ermordet, wie sie gegen die Sowjetregierung steht, die als einzige Regierung der Welt gegen den Schandvertrag von Versailles aufgetreten ist.

Es gibt nur eine Partei, die aus Tod und Leben mit dem Kampf gegen das Versailler Schmachstatut und die Reparationen verbündet ist: das ist die KPD, das ist die Kommunistische Weltpartei, die Komintern. (Stürmischer Beifall.) Aber Hitler verbrüderst sich im Kampf gegen die Sowjets mit Carden, der Deutschland trittet, und mit Pilsudski, der die deutschen Minderheiten in Oberschlesien und im Korridor verfolgt. (Psui!)

Mit Ehrhardt und Oldenburg-Jannischau kann man nicht gegen Hitler kämpfen

Wir Kommunisten wissen, daß man den Hitler-Faschismus nicht schlagen kann, wenn man sich mit Kapitän Ehrhardt und dem Hohenzollernjunker von Oldenburg-Jannischau verbündet und mit diesen Erzreaktionären zusammen in einer Front Hindenburg wählt, sondern nur durch den revolutionären Kampf mit der KPD, die allein den Faschismus schlagen kann (Händeklatschen).

Wir sagen den sozialdemokratischen Arbeitern und den Mitgliedern der SPD: Eure Stimmabgabe für Hindenburg wird euch noch einmal zu denken geben. Wenn ihr nicht erkennt, daß ihr gemeinsame Sache mit euren kommunistischen Klassenbrüdern treiben müßt, dann werdet ihr schlimmer noch als bisher die Peitsche des Finanzkapitals zu spüren bekommen. An dem Tage, an dem die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter mit

uns gemeinsam über den Kopf ihrer Führer hinweg den Kampf aufnehmen, wenn die große Klassenarmee des Proletariats marschiert, in diesem Moment wird der Faschismus geschweltet werden. (Lauter Psui!)

Wir Kommunisten haben im Kampf gegen Hitler große Opfer gebracht und neben den Reichsbannerkameraden haben wir die besten Kolonnen im Kampf gegen die Hitlerknechte gestellt. Und was geschieht? Severings Polizei hat uns verhaftet. Severings Polizei hat unsere besten antifaschistischen Kämpfer in die Gefängnisse und Justizhäuser gebracht. Severing hat den NSB verboten und Otto Braun hat den Sächschen erlaubt.

Ich frage von dieser Stelle aus alle sozialdemokratischen Arbeiter: Solange der Rote Frontkämpfer-Bund existierte und anmarchieren konnte, gab es da S.A.-Käpfer in den Arbeitervierteln und die Pronostationen der Hitlerpartei, (Vor allen Händen erschallen Rufe: "Nein! Nein!") Solange der Rote Frontkämpfer-Bund existierte, war das unmöglich. (Händeklatschen.) Und wer hat den NSB verboten? Einige der Justiz Rendell? Der hat es nicht fertiggebracht. Da magst erst der Sozialdemokrat Severing kommen.

Ihr SPD-Führer regiert seit 1918 in Preußen. Wo sind eure positiven Leistungen, die ihr den deutschen Arbeitern zeigen könnt? Es gibt keine.

Severing hat einmal vor dem Kriege, am 8. April 1908, im Reichstag gesagt: "Wir können bei jeder großen Streikbewegung bemerken, daß, wenn Rödelhausen auf dem Plan erscheinen, dann sofort Ruhe und Ordnung in Frage gestellt wird." Heute steht dieselbe Severing als Polizeiminister in jedem Streik seine Polizei ein, hat ihr vergessen den 1. Mai 1920... (Ein Sturm von "Nein"-Rufen), wo 33 Arbeiter getötet wurden? Im Jahre 1920 wurden 43 Arbeiter und 1921 54 Arbeiter von der Polizei getötet. Aber kein einziger Faschist!

den wir auch die Schulden für die von den Kapitalisten aufgenommenen ausländischen Anleihen und die Tributzahlungen annullieren!

Deutschlands Proletariat steht an der Seite der Sowjetmacht!

Das einzige sozialistische Land der Welt wollen die Imperialisten angreifen. Aber 1932 ist nicht mehr 1918. Heute wissen Millionen, was im Falle eines Krieges gegen die UdSSR zu tun ist. Wir machen keinen Hehl daraus, daß überall versucht werden muß, die Munitionstransporte zu verhindern und gegen die Bourgeoisie im eigenen Land zu kämpfen. Die Millionenarmee des deutschen Proletariats wird an der Seite der Sowjetregierung stehen. Und es ist sehr wahrscheinlich, daß wenn die Herrschaften angreifen, in einigen Ländern die Todesstunde des Kapitalismus schlagen wird. (Händeklatschen, Bravorufe.)

Alles Arbeitern sagen wir: Nicht am 24. April wird über die Grundrechte des Proletariats entschieden, sondern der außerparlamentarische Kampf bringt die Entscheidung. Unsere Forderungen sind nicht Parteidforderungen, sondern die Forderungen aller Werkstätigen.

Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter sie überprüfen, so werden sie erkennen, daß sie mit uns kämpfen müssen. Sie müssen dazu nicht gleich das Mitgliedsbuch der KPD in der Tasche tragen, sie werden im Kampfe zu uns kommen. Denn auch sie werden sehen, daß die Kommunisten die einzige Partei sind, die den revolutionären Ausweg zeigt.

Millionen für Liste 4 — ein Kampfsignal

Wie bei der Präsidentenwahl, stehen auch bei den Landtagswahlen zwei Klassennemeen einander gegenüber. Es kommt darauf an, daß die proletarische Armee im Kampf um höhere Lohn, um Arbeit und Brot für die Erwerbslosen ihre Kräfte gegen die Bourgeoisie entfaltet. Wir wollen vorwärts, und weiter vorwärts! Wenn wir am 24. April für die Liste 4 der KPD stimmen, so soll das ein Kampfsignal für die Entfesselung von Streiks in den Betrieben, für das gesteigerte Anliegen der Erwerbslosen um ihre Forderungen sein.

Die grauen Kolonnen des Elends werden wie zur Freiheitsarmee zusammenschweißen. Wir werden in den Kampf ziehen unter den großen Lösungen Lenins, Liebknechts und Luxemburgs:

Alle Macht der Arbeiterklasse!

Nieder mit der Diktatur der Bourgeoisie!

Es lebe das rote Preußen im freien sozialistischen Räteutschland!

Stürmische Händeklatschen, „Bravo!“ Rufe, lang anhaltender Beifall, der in den Gesang des „Rottgardsliedes“ übergeht, dessen drei Strophen von den Massen stehend gesungen werden.

Unser Spätenkandidat ist der Kampfgefährte Liebknechts und Luxemburgs

Wir stellen den Leuten, die zur Bourgeoisie übergelaufen und heute die Spätenkandidaten der SPD sind, bei der jüngsten Landtagswahl einen Arbeiter entgegen, der schon lange vor dem Krieg an der Seite und Späte seiner Klassengenossen kämpfte: den Ge- nossen Wilhelm Pieck (Langanhaltender, stürmischer Beifall). Dort die Minister der kapitalistischen Republik. Aber auf der Liste der KPD, der Kampfgefährte von Liebknecht und Luxemburg (Händeklatschen).

Die SPD ist zum aktiunsten Faktor des Faschismus geworden. Preußen ist der hot der jüngsten Reaktion und das seßeste Bollwerk der Brüning-Politik. Niemals könnte Brüning eine Notverordnung durchführen, ohne die Stütze, die er an Braun und Severing hat.

Wer Hitler schlagen will, muß erkennen, daß der Bruch mit der SPD, daß der Kampf gegen Severing notwendig ist. Denn die Positionen, die von den SPD-Führern bezeugt sind, sind keine

Waffen für die Arbeiter, sondern für die Bourgeoisie. Braun und Severing sehen den Staatsapparat ebenso gegen die Arbeiter ein wie Brüning. Deshalb kämpfen wir Kommunisten so entschlossen gegen die Preußenregierung. Deshalb sagen wir, daß Schluss gemacht werden muß mit diesem Regiment, daß die Arbeiter sich für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD einzeln müssen.

Millionen müssen gegen diese unerträglichen Zustände mobilisiert werden. Schluss mit den Abschindungen für die Bevölkerung! Herunter mit den Preisen, damit die Werkstätigen laufen können! Rieder mit den Zöllen, die das Volk ausplündern! Heraushebung der Wachtarifre für Gas, Elektrizität usw.! Viele leerende Luxuswohnungen mit zehn und zwanzig Zimmern stehen leer. Die Erwerbslosen müssen in diese Wohnungen hinein!

Allerdings, solange der Kapitalismus regiert, werden diese Zustände bestehen bleiben. Schluss damit wird erst sein, wenn wir Kommunisten die Macht in die Hände nehmen. Dann wer-

Nach dem gemeinsamen Gesang der „Internationale“ eröffnet Genosse Walter Ulbricht die überfüllte Kundgebung.

Genosse Ulbricht

begrüßt im Auftrag des Zentralkomitees der KPD die erschienenen Werkstätigen des roten Berlin. Der erste Schuß der heutigen Versammlung gilt der kommunistischen Internationale, der Führer des Weltproletariats. Wir grüßen die chinesischen Arbeiter und Bauern, die heldenhaft Sowjetchina und damit auch die Sowjetunion verteidigen. (Beifall). Wir grüßen die Bergarbeiter der Tschechoslowakei, die gestern den Generalstreik im Braunböhmerrevier ausrichten. (Stürmischer Beifall). Dieser Streik ist von internationalem Bedeutung. Er zeigt insbesondere den deutschen Arbeitern, daß kein Groener und kein Severing etwas durchsetzen kann, wenn die Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung gemeinsam kämpft. (Stürmischer Beifall.)

In den letzten Wochen haben die revolutionären Arbeiter vorbildlich gearbeitet. Wir sagen diesen Arbeitern unsern hellen Dank für ihre revolutionäre Pflichterfüllung. (Bravo.)

Wir gedenken insbesondere derer, die im Kampf vor den Nazis ermordet wurden. (Die Massen erheben sich schreiend.) Unser Gedenken gilt dem tapferen Kämpfer und Kommunisten Gerhard Weiß, der seige von einem Hitlermann hinterlich ermordet wurde. (Ein einheitlicher Psalmschrei geht durch den Saal.) Wir geloben, den Tod dieser Kämpfer zu rächen, in dem wir die Massen sammeln zum Kampf, um Hitler und Severing vernichtet zu schlagen. (Stürmischer Beifall.)

Jeder sieht heute, daß ohne die SPD die Nazis niemals so hoch gekommen wären. Die ständigen Verbote von Demonstrationen, das NSB-Verbot hat nur den Nazis genügt. Alles geschieht im Dienste der faschistischen Diktaturmaßnahmen.

Die heutige Versammlung muß ein Auftakt sein im Massenkampf gegen diese faschistischen Diktaturmaßnahmen. Kämpft unter der Parole: Preußen rot — für Arbeit, Freiheit, Brot! (Stürmischer Beifall.)

Genosse Ernst Thälmann bestigt die Rednertribüne. Wieder erhebt der Sportpalast vom Kürmischen Turm, von „Rotfront“-Rufen und Händeklatschen der begeisterten Massen. Genosse Thälmann kann minutenlang nicht sprechen. Erst wieder braucht die Begeisterung auf. Die Kapelle spielt noch mal den Rotfront-Marsch. Lassende Stimmen fallen beim Trompetensignal ein: „Rot front!“

gleichzeitig

Genosse Thälmann seine Rede beendigt hatte, sangen die Massen stehend „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ Dann spricht die Genossen Weizert revolutionäre Gedichte. Gleichzeitig richtet Genosse Walter Ulbricht noch einmal einen Appell an die Tausende: „Zeigt vorwärts zu revolutionären Taten. Morgen, am Donnerstag, rote Fahnen aus jedem

Arbeitsamt. Berlin muß wieder in roter Offensive sein. Mobilisierung zum Erwerbslosentag am 19. April. Am Dienstag nächster Woche marschiert das Heer der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zu hunderttausenden im Lustgarten auf.

Die Kommunistische Partei zeigt der Arbeiterklasse, wie der Sieg erklungen werden muß. Ihr habt unsere Kampfforderungen aus dem Mund des Genossen Thälmann vernommen. Geht nun euer Kampfglebnis, indem ihr einstimmig in den Gruß des verbotenen „Roten Frontkämpferbundes“ und die Massen fallen donnernd ein. „Rot front!“

Der Gesang der „Internationale“ schließt die Riesenkundgebung ab.

Unsere rote Heerschau im Sportpalast

Begeisterter Empfang des Genossen Ernst Thälmann — Grandiose Einmarsch der roten Sturmkolonnen

Das war gestern ein Massenandrang zum Sportpalast, wie ihn Berlin seit der letzten roten Kundgebung im größten Saal Berlins, in der ebenfalls unser Genosse Thälmann sprach, nicht gesehen hat. Vor 6 Uhr schon begann der Anstrom. Arbeitergruppen mit eingerollten Fahnen, mit Abzeichen proletarischer Organisationen am Fächer, marschierten durch die Potsdamer Straße. An der Ecke Bülowstraße lagen die Nazihorden umher. Daß sie wagten nicht, ihre Abfahrt in die Tot umzulegen. Heute verloren sie sich vor den ununterbrochen zum Sportpalast marschierenden Antifaschisten.

Der Vorhang des Sportpalastes füllte sich von Minute zu Minute. Die Kettensäumer hatten alle Hände voll zu tun.

Bankreihe auf Bankreihe des Riesensaales wurde besetzt. Wenige Zeit nach der Eröffnung war vom Parkett bis zum ersten Gang kein Platz mehr frei. Das war um 17 Uhr. Um 7 Uhr gab es auch auf dem „Heuboden“ keine Sitzplätze mehr. Schon steht war die Versammlung von der prächtigsten Kampfslimme befreit. Die durch Läden auf eine Leinwand geworfenen Kampfparolen zur roten Preußenwahl wurden von allen interessiert besahet und mit Beifall quittiert. Die bekanntesten proletarischen Kampfsieder, die die Arbeitermusikapelle wuchtig spielte, sangen die Arbeiter häufig begeistert mit.

Plötzlich erschien hinter der Rednertribüne Genosse Ernst Thälmann. Alles sprang von den Plätzen auf.

Rotfront-Rufe brachen auf. Mit erhobenen Fäusten, aus den von Kampf und Sorgeln gezeichneten Gesichtern blüht Freude und Begeisterung, so begrüßen die revolutionären Arbeiter Berlins den Führer der kommunistischen Partei.

Dröhrende Trommelschläge lenken alle Blicke zum Eingang des Sportpalastes. Der Einmarsch beginnt.

4 Tambourkapellen geben den wuchtigen Marschschlag an. Eine lange Kolonne Antifaschisten folgt. Stolz und aufrecht, die Fäuste hoch erhoben, marschieren sie. Dazu die Kampffahnen der Partei, der proletarischen Massenorganisationen, der roten Sportler, eine lange Reihe, darunter eine Fahnen-Delegation der Kolonie „Gartenfreunde“. Hinter einer neuen Gruppe Antifaschisten tragen Arbeiter ein großes Transparent der Roten Hilfe.

„1000 Antifaschisten schmachten in den Gefängnissen“. Die Angehörigen der von den Faschisten ermordeten proletarischen Kämpfer marschieren im Zug.

Die Mutter Otto Grünbergs, Frau Klemke, die Braut unseres in der Wahlnacht in Silesien ermordeten Genossen Gerhard Weiß und all die anderen betenden unerschütterlichen Kampfwillen.

Betriebe marschieren

Freudig werden die vielen Betriebsdelegationen begrüßt. Werner, Daimler, AG-Werke, Post und Telegraphenarbeiter, eine Delegation der Belegschaft des Reichs-Kreisgerichts. In der Mitte der Betriebsarbeiter marschiert eine Gruppe mit dem Transparent:

„Die herausgeworfenen Arbeiter des Krisenlongresses“.

Die Spire des grandiosen Einmarsches nimmt bereits hinter

Der Kongress der Ohnmacht und des Verrats

Der Verlauf des „Krisenkongresses“ — Stegerwald sagt: keine Arbeitsbeschaffung, aber Lohnabbau und Arbeitsdienstpflicht

Der ADGB. auf den Knien vor der Notverordnungsdiktatur

Der Reichstag wurde gestern durch ein großes Misstrauensvotum abgesperrt. Nur nach mehrfacher Kontrolle konnten die mit Wahlkarten verfehlten Delegierten und Gäste eindringen. Die Arbeitersprecher waren, wie wir schon berichtet haben, vom „Krisenkongress“, der im Reichstag tagte, ausgeschlossen.

Der Kongress tagte unter vollem Ausschluss der Arbeitersprecher. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses vom September vorigen Jahres, die man gewählt hat, haben sich zum „Krisenkongress“ versammelt. Unter den Anwesenden war kein einziger Betriebsarbeiter, der noch am Sitzungstisch oder an der Tafelbank saß.

Selbst Leipart gab auf dem Kongress offen zu: „Der Bundesvorstand hat entgegen den Sanktionen des ADGB. gehandelt, indem er einfach die Frankfurter Delegierten zum außerordentlichen Kongress einberufen hat.“ „Wir hielten aber eine neue Delegiertenwahl nicht für notwendig.“ Warum wohl? Weil Wahl an heutige Tage, wo die Millionen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in heller Rebellion sind, für Herrn Leipart und seine Freunde nicht angenehm aussaßen könnte.

Unter zweifacher Absperrung

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die den Krisenkongress einberufen haben, um den Arbeitern vorzutäuschen, daß sie um Arbeitsbeschaffung kämpfen, haben den Tagungsort in den Reichstag, in die Bananenalle, verlegt. Diese Sicherung vor der Stimme der hungrenden Arbeiterschaften genügte ihnen aber noch nicht. Der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Gressitti ließ mit ungeheurem Polizeiaufwand einen Absperrungskordon um den Reichstag ziehen. Die Absperrung ist schärfer als an den sogenannten „großen Tagen“ des Reichstages. Ja selbst um den Plenarsaal des Reichstages, in den sich die ADGB.-Führer verschanzen haben, war nochmals vollständig abgesperrt durch Reichstagsbeamte und politische Polizei. Der Reichstagspräsident Löbke hatte außerdem die Anweisung gegeben, daß während der Tagung des Krisenkongresses kein Reichstagsabgeordneter im Reichstag mit einem Wähler sprechen dürfe, außer Reichstagsabgeordneten, den Gewerkschaftsführern und den von ihnen mit Zusagen ausgestatteten Gästen konnte niemand in das Reichstagsgebäude gelangen.

Die kommunistische Presse war zu dem Kongress nicht zugelassen, trotzdem sind wir in der Lage, einen Bericht zu geben. Was da zusammenkam, das waren die alten Delegierten des Frankfurter Gewerkschaftskongresses, die sich aber zu Unrecht Delegierte nennen, denn sie wurden weder zum Frankfurter Gewerkschaftskongress noch zu diesem Krisenkongress von den Gewerkschaftsmitgliedern gewählt.

Die zahlreich in Berlin eingetroffenen wahllos gewählten Delegierten der gewerkschaftlichen Mitgliederschaften wurden nicht zugelassen.

Nach Eröffnung des Kongresses verzichtete man auf die Komödie einer neuen Wahl des Präsidiums, das Präsidium des Frankfurter Gewerkschaftskongresses amtierte wieder.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hatten bestimmt, nach dem Kongress den Arbeitern zu sagen, daß der Reichskanzler selbst ganz bestimmte Versprechungen auf Arbeitsbeschaffung gemacht habe. Deshalb hatten sie Brüning eingeladen. Brüning sagte aber ab und bestand darauf, damit in aller Öffentlichkeit, wie er diese ADGB.-Führer einschätzte. Brüning weiß, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die bisher jeder Notverordnung zugestimmt haben und die mit allen Kräften beim Abbau der Löhne und der sozialen Unterstützungen mithilfend, auch den neugeplanten Lohn- und Unterstützungsabbau mit durchführen werden. Brüning hat es nicht nötig, vor diesem Kongress irgendwelche Verprechungen zu machen, er ist der vorsichtige Unterstützer der SPD.-Führer sicher. An Brünings Stelle erschien Stegerwald, der sich bekanntlich schon vor einigen Wochen auf die Durchführung eines neuen Lohnabbaus, den Abbau der Arbeitslosenversicherung festgelegt hat und der sich öffentlich gegen die von den ADGB.-Führern vorgetragenen „Arbeitsbeschaffungsvorschläge“ ausgesprochen hat.

Was hat Stegerwald gesagt

Die Rede Stegerwalds war eine einzige Abjage an die Gewerkschaftsführer. Ein leises Versprechen Stegerwalds wäre für die Gewerkschaftsführer genug, um damit bei den Preisen zu hantieren. Stegerwald tat aber diesen Gesellen den Gewerkschaftsführern nicht. Mit Ausplaudern auf den Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB. erklärte Stegerwald:

„Gegen eine Inflation wäre selbst Nichtstun noch das kleinste Uebel.“

Dafür versprach Stegerwald einen neuen Lohnabbau. In bezug auf die bevorstehende Erneuerung der Tarifverträge sagte Stegerwald wörtlich:

„Es sind noch einige Angleichungen notwendig.“

Stegerwald erklärte, daß Jahr 1932 wieder ein schweres Jahr sei. Der Rückgang der Ausfuhr führe zur Steigerung der Erwerbslosigkeit, die momentane schwache Saisonbewegung könne keinen Ausgleich dafür schaffen.

Die Regierung, sagte Stegerwald, beachtigte eine stärkere Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung, einen weiteren Ausbau der vorstädtischen Kleinsiedlung und eine Arbeitsbeschaffung durch Gewährung von Mitteln für Reparaturen an Altwohnungen. Bei diesen Arbeiten werde man insbesondere den freiwilligen Arbeitsdienst heranziehen, der freiwillige Arbeitsdienst müsse erweitert und ausgebaut werden.

Diese Erklärung Stegerwalds ist sehr eindeutig. Eine Milliarde Mark für die Großbauten brachte die Brüningregierung ohne lange Diskussionen auf, hunderte Millionen für die Großagrarier werden dauernd ausgebracht. Für die Erwerbslosen aber hat die Brüningregierung kein Geld. Das einzige, was die Regierung für die Erwerbslosen tun will, ist die Ausdehnung der sogenannten freiwilligen Arbeitsdienstpflicht. Notstandsarbeiten aller Art sollen durch Arbeitsdienstpflichtiger ausgeführt werden.

„Nicht wörtlich zu nehmen!“

Die Eröffnungsrede von Leipart begann damit, daß er die versammelten Delegierten zur Mäßigung mahnte. Er sagte: „Wenn ich vor einigen Wochen gesagt habe, daß die Gewerkschaften ihre Kühle Mäßigung aufgeben würden und eine andere Haltung zur Regierung anzunehmen bereit seien, so wiederhole ich dies. Über nicht in der Absicht, diese Meinungsänderung etwa wörtlich zu nehmen.“

Wie ein Hohn klungen seine Worte über den neugeplanten Lohnabbau. Er sagte wörtlich:

„Die zwangsläufige Senkung der Preise hat nicht Schrift gehalten mit der Senkung der Löhne. Das müssen

auch die Arbeitgeber. Trotzdem haben sie zum 30. April fast alle Tarifverträge gefülligt, um weitere Voraussetzungen durchzusetzen zu können. Neue Schiedsgerichte liegen vor, die den Arbeitern nochmals einen Lohnabzug um 10 Prozent anhängen.“

Nur hat Leipart vergessen, hinzuzufügen, daß der neue Berliner Schiedsgericht, der 10 Prozent Lohnabbau vorsieht — der leichten Schiedsgericht für die Berliner Bauarbeiter —, von den Gewerkschaftsführern, die an dem Schlichtungsausschuss teilgenommen haben, mit gefüllt ist. Die Herren Krause, 2. Vorsitzender des Baugewerksbundes Berlin, und Neinefeld, der Vorsitzende des Zentralvorstandes des Verbandes der Maschinen- und Heizer, haben im Schlichtungsausschuss für den zehn prozentigen Lohnabbau gekämpft.

Die Pressefunktion hat nicht Schrift gehalten mit der Senkung der Löhne, versichert Leipart. Dabei waren es Leipart und die Gewerkschaftspresse, die bei der Arbeiterschaft die Illusion von der Möglichkeit des Ausgleiches des Lohnabbaus durch Preis senkung geweckt haben.

Nach einer lendenlahmer Betrachtung über die Krise, wobei nach Leiparts Meinung die Hauptursache der Krise nicht in dem kapitalistischen System, sondern in der internationalen Vertrauenskrise läge, behandelt Leipart die Arbeitsbeschaffung vom außenpolitischen Standpunkt. Er vertritt mit großem Nachdruck den von Jouhaux, dem Führer der reformistischen Gewerkschaften Frankreichs, in der letzten Zusammenkunft in Berlin getroffenen Vorschlag auf die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung durch Frankreich.

„Vertrauen zum Staat“

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte Leipart:

„Noch hofft die Masse der organisierten Arbeiter darauf, daß es den Gewerkschaften mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der Reichsregierung gelingt, dem Massenelend zu steuern, die Krise durch Arbeitsbeschaffung zu lindern, eine Beschleunigung der Wirtschaft anzubahnen. Soll dieses Vertrauen noch verstößt werden? Das darf nicht sein, nicht um der Gewerkschaften, sondern um des Staates und des Volkes willen.“

Unter den Arbeitern soll also die Hoffnung aufrechterhalten werden, daß der kapitalistische Staat Arbeit und Brot schaffen werde, damit sollen die Massen abgehalten werden vom Kampf um ihre Forderungen, damit sollen sie bei den Wahlen für die Brüning-Parteien eingefangen werden.

Abermals die alte Platte über das Vertrauen der Arbeiterschaft zum kapitalistischen Staat, über die Hoffnung der Arbeiterschaft auf die Brüningregierung, auf die Regierung der Notverordnungsdiktatur. Nicht Vertrauen zum kapitalistischen Staat, sondern Vertrauen zur eigenen Kraft braucht die Arbeiterschaft.

Der Schwundel des ADGB.-Plans

Eggert, der 2. Vorsitzende des ADGB., hieß den eigenen Vortrag über Arbeitsbeschaffung. Er, Hilbert den Katastrophen-Rückgang der Weltproduktion und des Weltmarktes. Der Ausweg läge in dem „Umbau der kapitalistischen Wirtschaft“. Er führte aus:

„Die Arbeiterklasse muß den Umbau der kapitalistischen Wirtschaft in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft erzwingen. Angesichts des Versagens der Privatwirtschaft muß der Staat die Wirtschaft regeln und lenken.“

Die Arbeiter in den staatlichen und städtischen Betrieben könnten Herrn Eggert ein Lied singen über die Lage in diesen Betrieben. Die Ausbeutung in der Berliner Betriebs AG, in den preußischen Gruben, bei den Eisenbahnen, in der Schichau-Werft und in anderen staatlichen Betrieben ist der Arbeiterschaft gut genug bekannt. Die grobste Ausforderung an die Brüningregierung zum „Umbau der kapitalistischen Wirtschaft“ in eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft“ richtet sich selbst. Dieser „Umbau“, wenn er auch durchgeführt werden sollte, würde nur bedeuten die größtmögliche Konzentration der Produktionsmittel in den Händen des kapitalistischen Staates, was zu noch größerer Ausbeutung, zu noch größerem Elend führen müßt.

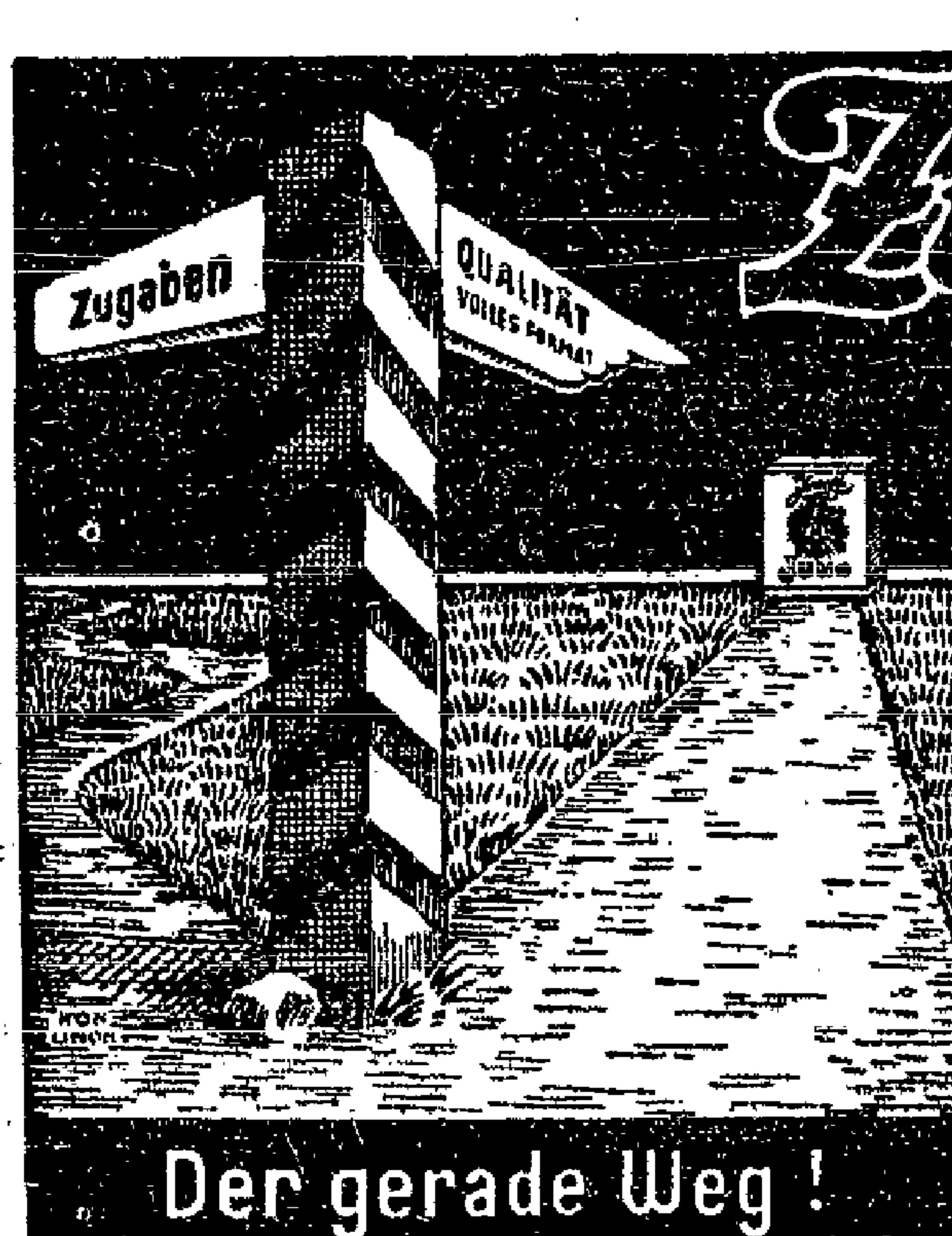
Die Eggert und Aufhäuser, die von dem „Umbau“

der kapitalistischen Wirtschaft durch die Brüningregierung sprechen, wissen ganz genau, daß es Zug und Trug ist, daß das nur Sand in die Augen der Gewerkschaftsmitglieder ist, um sie vom Kampf abzuhalten.

Was die Arbeitsbeschaffung anbelangt, so schlug Eggert in seinem Referat folgendes vor: Einmal eine Million Arbeiter sollen auf ein Jahr bei verschiedenen Arbeiterschaftsprojekten, Hochwasserabschaffungen, Kleintaubenbau, Hausrat reparaturen, Siedlungsarbeiten, landwirtschaftliche Bodenverbesserungen und Aufträge der Reichsbahn und der Reichspost — zufrieden beschäftigt werden. Dafür wären rund 2 Milliarden Mark erforderlich. Woher soll das Geld genommen werden? Die Hauptgelder sollen durch eine vollständige Arbeitsbeschaffungsanleihe ausgebracht werden. Daß man mit einer solchen Anleihe in unserer Zeit sehr wenig aufbringen kann, ist auch für Eggert klar. Deshalb schlägt er vor:

„Soweit die Anleihestücke noch nicht in vollem Umfang auf dem Kapitalmarkt untergebracht sind, sollen sie den Banken als Unterlage für eine Zwischenfinanzierung der Arbeitsbeschaffung dienen, und zwar so, daß die mit den Arbeitern betrauten Unternehmer Wechsel ausstellen, die die Banken diskontieren.“

Die Banken werden natürlich diese Wechsel zur Reichsbank bringen, die Reichsbank soll für diese Wechsel Geld geben. Der



**Zugaben sind nicht umsonst,
sie müssen bezahlt werden!**

**Wir wählen den besseren,
geraden Weg.**

JUNO,

die anerkannt gute 3% Pfg. Cigarette, verzichtet auf jede Zugabe in Form von Gutscheinen, Wertmarken oder Stickereien, um **ihre hochwertige Qualität aufrecht zu erhalten zu können.**



Löwenanteil der zwei Milliarden Mark soll auf diese Weise aufgebracht werden. Das bedeutet natürlich Inflation.

Der Vorschlag einer „volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe“ ist bereits im Reichswirtschaftsrat beprochen und abgelehnt worden. Das Gutachten des Reichswirtschaftsrats, das diese Ablehnung enthält, ist von den Vertretern der ADGB-Bürokratie mit angenommen worden. Es ist frecher politischer Betrug, wenn die ADGB-Bürokratie trotzdem dieses Heilmittel, das Kernstück ihres ganzen „Arbeitsbeschaffungsprogramms“, vorstellt. Die ganze Resolution des „Krisenkongresses“ kann dahingehend zusammengefaßt werden, daß man den breiten Massen verlogene Versprechungen macht, daß aber keine Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird, und daß die Schuld daran zu guter Letzt dem notleidenden werktätigen Volk selbst zugeschrieben werden soll.

Der Haken in allen Finanzierungsvorschlägen des ADGB zur Arbeitsbeschaffung besteht unter anderem darin, daß die ADGB-Bürokratie den Bären möglichen wollen, ohne den Preis nach zu machen. Sie wollen Geld für Arbeitsbeschaffung herbeischaffen, ohne den Kapitalisten mehr zu tun. In den Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD sind in sehr konkreter Art und Weise die Mittel aufgezeigt worden, die für Arbeitsbeschaffung ausgebracht werden können. Den Dividendenflügeln, den Großpensionären, den Millionären, der gesamten Kapitalistenklasse muß ein Teil ihrer Bezüge genommen werden, um Arbeit für Erwerbslose zu schaffen. Das ist der einzige Weg der Finanzierung von Arbeitsbeschaffung. Alle anderen Wege sind entweder unführbar oder führen zur Inflation, d. h. zur Abschaltung der Kosten der Arbeitsbeschaffung auf die Arbeiterschaft und auf die Werktätigen, zur ungeahnten Steigerung des Elends. Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Kapitalistenklasse aber ist ohne revolutionären Kampf nicht durchzuführen.

Braun verteidigt die Subventionen

Die Diskussion war noch matter als das Referat und die Eröffnungsrede. Bernhard vom Baugewerksbund legte, Stegerwald reize direkt zur Lohnkürzung für die Bauarbeiter. Er verschwieg aber wohlweislich, daß der Vertreter des Baugewerksbundes im Berliner Schlichtungsausschuß vor wenigen Tagen für einen zehnprozentigen Lohnabbau an den Berliner Bauarbeiten stimmte. Der freiwillige Arbeitsdienst, sagt Bernhard, stört schon heute den freien Arbeitsmarkt. Das störte aber nicht die Freunde des Herrn Bernhard, die Gewerkschaftsvertreter im Reichswirtschaftsrat, eine Denkschrift zu unterzeichnen, in der die Arbeitsdienstpflicht gefordert wird.

Neck vom Metallarbeiterverband und Schmidt vom Bergarbeiterverband sprachen von dem „Umbau des kapitalistischen Systems in eine planvolle sozialistische Wirtschaft“. Nach Lengersdorf vom Gesamtverband und Arndt-Dresden nahm das Wort der preußische Ministerpräsident Braun.

Braun versichert, daß die Preußengesetzgebung versucht habe, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Dann kommt er auf die Subventionen zu sprechen und erklärt, die Subventionen wären notwendig, sonst würde die Erwerbslosigkeit noch weiter steigen.

Die Jugend müsse beschäftigt werden, sonst sei sie „für den gefährlichen politischen Radikalismus“ empfänglich. Braun unterstreicht im Einverständnis mit Stegerwald die Gefährlichkeit jeder Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung, die die Währung gefährden könnte. Er schlägt seine Röde mit der Erklärung, daß seiner Meinung nach die Lösung der Arbeitslosenfrage zunächst durch Kürzung der Arbeitszeit in Angriff genommen werden müsse. Braun betonte, daß er in dieser Forderung noch über die der Gewerkschaften hinausgehe und eine noch radikalere Kürzung, als die auf die 40-Stunden-Woche verlange. Er vergaß nicht hinzuzufügen, daß die Arbeiterschaft dabei Opfer tragen müsse. Mit anderen Worten: Braun plädiert für eine Verkürzung der Arbeitswoche unter 40 Stunden, aber ohne Lohnausgleich. Was das bei den gegenwärtigen Löhnen bedeutet, kann sich jeder Arbeiter leicht vorstellen.

Tarnow erklärt, daß er volles Verständnis für Stegerwalds Röde habe. Er spricht die Erwartung aus, daß die Regierung es mit der Arbeitsbeschaffung wirklich ernst nehme.

Schmidt und Schessel sprechen vom „deutschen Vaterland“. Schessel, der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner,

erzählt dabei, daß bei der Reichsbahn für 370 000 Menschen die Arbeitswoche noch 51 bis 54 Stunden und unter Berücksichtigung der Dienstbereitschaft sogar 67 bis 93 Stunden betrage. Dabei werden 44 000 Arbeiter in diesem Jahr entlassen. Er hat aber dem Kongreß nicht erzählt, daß diese himmelschreitende Tat sachen nur durch seine Unterwerfungspolitik möglich geworden sind. Nur das Rutschen auf dem Bauch vor Döppler, nur das Ersticken jeder Widerstandsbewegung innerhalb der Eisenbahner macht eine solche Schande möglich.

Eggert sagte in seinem Schlußwort, mit den Ausführungen Stegerwalds könne man sich einverstanden erklären, es müssen nur einige Ergänzungen gemacht werden. Deutschland habe den Winter durchgehalten nur dank der Disziplin der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Schumann, der den Kongreß schloß, erklärte die vom ADGB-Vorstand eingebrachte Entschließung für angenommen, ohne sie abzustimmen. Einige Delegierte machten Zwischenrufe mit der Forderung, die Entschließung zur Abstimmung zu stellen. Schumann überhörte glatt diese Forderung. In den abschließenden Wörtern verteidigte sich Schumann sogar zu der lächerlichen Behauptung, die Reichsregierung habe ihre Bereitwilligkeit gezeigt, die Forderungen der Gewerkschaften anzuerkennen.

Die Komödie ist beendet

Die schamlose Komödie des „Krisenkongresses“ zur Täuschung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist beendet. Jeder klassenbewußte Arbeiter kann sich nunmehr überzeugen, was das Versprechen der Gewerkschaftsführer, Arbeit für die Erwerbslosen zu schaffen, auf sich hat.

Der „Krisenkongreß“ gibt eine klare und eindeutige Antwort: die kapitalistische Gewerkschaft deutet nicht darauf, den Arbeitslosigkeit zu geben.

Wir sagen den Arbeitermassen, daß der kapitalistischen Ausbeuterklasse gegenüber nur durch den härtesten Kampf etwas erreicht werden kann. In den Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD, die die Forderungen des Siebenstundentags bei vollem Lohnausgleich, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die Gewährung der Unterstützung für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit, Rückgängigmachung des Lohn- und Unterstützungsabbaus, Durchführung eines großzügigen Bauprogramms von Arbeitserwohnungen und weitere wichtige Forderungen enthalten, wird die Streichung der Ausgaben für Reichswehr und Polizei, Streichung der Millionenentzündungen und Abfindungen der Fürsten, Einstellung der Tributzahlungen, Erhebung einer Millionärsteuer gefordert. Die KPD und RGO sagen aber gleichzeitig, daß auch die kleinsten Tagesforderungen der Betriebs- und Arbeitslosen nur im Kampf durchgesetzt werden können. Notwendig ist es, unter Führung der KPD und RGO, die breite Einheitsfront des Kampfes herzustellen, in jedem Betrieb, in jeder Stempelstelle den Kampf vorzubereiten und aufzunehmen.

Der Reichserwerbslosentag am 19. April muß im Zeichen der kämpfenden roten Einheitsfront, des Bündnisses der Betriebs- und Arbeitslosen stehen. Bei den Wahlen in Preußen gilt es, den Willen zum Kampf, den Willen zur Herstellung der roten Einheitsfront, den Willen zur Erfüllung des sozialistischen Auswegs aus dem kapitalistischen Elend durch Abstimmung für die Kommunistische Partei zu demonstrieren.

Kampfkonferenz der Bauarbeiter am 17. April

Organisiert den Kampf gegen den geplanten Lohnabbau — Wählt überall Delegierte!

Am 4. April d. J. hat der Schlichtungsausschuß Berlin einstimmig, also auch mit den Stimmen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Krause und Reinsfeld, einen Schiedsspruch gefällt, wonach den Berliner Bauarbeitern erneut der Lohn um weitere zehn Prozent gesenkt werden soll, das bedeutet gegenüber 1931 einen Abbau von 25 Prozent. Danach sollen ab 1. Mai folgende Bauarbeiterlöhne gezahlt werden:

Stein- und Kalkläger, Einschaler	1,12 Mark
Kalkläger, Beton- und Wasserträger,	
Zementarbeiter, Fahrstuhlarbeiter	1,00
Bauhüttsarbeiter, Vorarbeiter im Tiefbau	0,93
Tiefbauarbeiter	0,74
Plakarbeiter	0,72
Plakarbeiter 1. Klasse	1,17
Plakarbeiter 2. Klasse	1,12
Plakarbeiter 3. Klasse	0,97
Schlosser, Monteur, Schmiede, Schweißer, Brenner	1,12
Hilfsmonteur, Hilfsschlosser, Verstrider, Vergießer	
und Muffenmacher	0,93
Steinleger und Rohrleger	1,04
Kramarbeiter	0,93

Gegen diesen erneuten Anschlag gilt es sofort umgehend zu handeln und den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für Lohnherhöhung, für den Siebenstundentag und die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, für eine von der gesamten Bauarbeiterchaft kontrollierenden Arbeitsvermittlung, für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD und der RGO, gegen die Verschärfung der Arbeitslosenversicherung und die angekündigte Herabsetzung aller Unterstützungsätze zu organisieren und durchzuführen.

Das Betrugsmänner des „Krisenkongresses“ des ADGB und sein Arbeitsbeschaffungskabinett zeigt, daß die Bürokratie mit radikalen Phrasen die bedingungslose Unterstützung der Lohnabbaupolitik der Brüning-Regierung vernebnen will. Nur die Organisierung des Kampfes in roter Einheitsfront, gegen den Willen der Bürokratie, verhindert jeden Lohnabbau und verbessert die Lebenslage der Bauarbeiter.

Die Regierung Brüning-Stegerwald wird von den Führern der reformistischen Gewerkschaften bei der Durchführung ihrer Maßnahmen nicht nur unterstützt, sondern diese Maßnahmen werden gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Diese Führer sagen, daß angefangen der 80- bis 90prozentigen Arbeitslosigkeit im Bauwesen nicht gestreikt werden könne. Das ist eine bewußte Irreführung. Die arbeitslosen Bauarbeiter aller Richtungen werden den Kampf der Kollegen auf den Baustellen mit aller Kraft unterstützen und zum Siege verhelfen. Im letzten Bauarbeiterkrieg hat sich ein Erwerbsloher als Streitbrecher gefunden — sie haben im Gegenteil bei der Führung des Streiks aktivsten Anteil genommen.

Durch die Initiative des roten Verbandes, des Kampfausschusses der revolutionären Bauarbeiter antworten die Bauarbeiter auf den Bau- und Stempelstellen auf die freche Herausforderung der Bauunternehmer und der Gewerkschaftsbürokratie mit der sofortigen Organisierung des Kampfes und wählen Dele-

gierte. In der Kampfkonferenz werden Hunderte von Delegierten der reformistischen und der RGO noch nicht angeschlossenen Verbände vertreten sein.

Keine Baustelle ohne Delegierte

Bauarbeiter, die ihr noch nicht auf den Baustellen zur Kampfkonferenz Stellung genommen habt, wählt während den Pausen sofort Delegierte und vorbereitende Kampfausschüsse, in denen die ehrlichsten, kampfentschlossenen Kollegen sein sollen ohne Ansehen der Partei- oder Gewerkschaftszugehörigkeit!

Zu der Kampfkonferenz werden die revolutionären Bauarbeiter zu den bereits auf den Bau- und Stempelstellen diskutierten Kampfforderungen Stellung nehmen, einen zentralen vorbereitenden Kampfausschuß auf breiter Grundlage wählen, der die einheitliche Kampfführung auf der Grundlage der roten Einheitsfront sichert.

Mobilisiert zum Lederarbeiter-Verbandstag!

Der Deutsche Lederarbeiterverband hat zum 31. Juli nach Frankfurt a. M. seinen Verbandstag einberufen. Es gilt, in allen Zahlstellen des Verbandes die Mitgliedschaft zu mobilisieren.

Die Anhänger der Opposition im Lederarbeiterverband erscheinen alle am Donnerstag, dem 14. April, 20 Uhr, zu einer wichtigen Sitzung, Münzstraße 24, 2 Treppen.

Arbeiterinnen der graphischen Industrie

Öffentliche Frauenversammlung, heute 17 Uhr, im Club des Graphischen Bld., Endestraße 4.

Reichstagsabgeordnete Roberta Gropper spricht über: „Droht ein neuer Weltkrieg?“

Kein Schupo

kann dich zwingen, bei
einem Feind der Ar-
beiterschaft zu kaufen.
Kaufe dort, wo du gern
gesehen bist — beim
Inserranten
deiner Zeitung!

Zeitungsführer wählen oppositionelle Leitung

Zu der letzten Halbjahresversammlung der Gruppe Zeitungsführer im Gesamtverband wählten die Kollegen mit großer Mehrheit eine oppositionelle Leitung.

Den Halbjahresbericht gab der Kollege Biering. Er griff scharf das Verhalten des reformistischen Graphischen Kartells während des Teilstreiks bei Ullstein an und schilderte noch einmal den erfolgreichen Vorstoß der Berliner Zeitungsführer in den ersten Januartagen. Er stellte aber fest, daß durch Zurückweichen in einzelnen Betrieben es nicht gelungen ist, alle erreichten Fortschritte zu halten.

Ein Misstrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten Scherndl, der sich im Januar für die Durchführung des notverordneten Lohnabbaus eingesetzt, wurde mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Scherndl drohte vor der Abstimmung einzelnen oppositionellen Kollegen mit drostischen Maßnahmen. Unter großer Heiterkeit erklärte er, daß er sich immer für die Zeitungsführer eingesetzt habe, er hätte ihnen sogar zur Zeitungsmasterhaft einen Postal gestiftet.

Bei der Neuwahl der Gruppenleitung erschien die Vorschläge der klassenbewußten Opposition eine übergroße Mehrheit. Der Einfluß der RGO-Graphik unter den Berliner Zeitungsführern wächst infolge der aktiven Organisierung ihres Kampfes ständig. Auch diese Neuwahlen brachten einen neuen Erfolg. Es gilt jetzt, in allen Zeitungsverlagen starke, ideologisch und organisatorisch gut fundierte oppositionelle Radfahrergruppen zu bilden, damit in den kommenden Wochen im Zusammenwirken mit Zeitungshändlern und Zeitungsbüroten den Zeitungslösungen, die Rabatte, Lohn- und Tourengehalt erneut folgen wollen, Einhalt geboten werden kann.

Maßtord-Revolution des Magistrats

Zu den städtischen Dienststellen und Betrieben werden vom Berliner Magistrat den Kollegen jetzt Revers vorgelegt, die nichts anderes beweisen sollen, als die Diskussionen der empörten Arbeiter und Angestellten über die erneut geplanten Massenentlassungen und den drohenden neuen Lohnabbau zu verhindern. In diesen Reversen heißt es:

„In städtischen Dienststellen, Betrieben und Arbeitsstätten jeder Art ist jegliche Werbung, gleichgültig, von welcher Stelle sie ausgeht, für politische Ziele und wirtschaftliche Zwecke verboten.“

Zuschriftenhandlungen gegen diese Auordnung werden verschärfzt werden. Vorschreibendes gilt auch für die städtischen und überwiegend städtischen Gewerkschaften.“

Durch ihre Unterschrift unter diesen Revers sollen die Kollegen ihre Anerkennung zu dieser Maßtordverordnung geben. Die Kollegen müssen sich gegen diese Maßnahme geschlossen zur Wehr setzen und ihre Zurücknahme erlämpfen. Kein Kollege darf seine Unterschrift unter diesen Revers geben.

Generalstreit und Barricadenkämpfe in Böhmen

Demonstrationsfreiheit im erbitterten Straßenkampf mit tschechischem Militär erobert — Sämtliche Kaufhäuser aus Sympathie mit den Streikenden geschlossen — Gesamtbevölkerung im Kampf gegen die Regierung des Hungers und des Krieges

Prag, 13. April. Der von den Konferenzen des verärgerten Volkes beschlossene Generalstreit in Nordwestböhmen zur Unterstützung der seit drei Wochen im Kampf stehenden 25 000 Bergarbeiter von Brüx ist heute hundertprozentig durchgeführt worden. In Brüx, Dux, Komotau und Oberleutensdorf lag jeder Betrieb still. Auf der Strecke Brüx-Johnsdorf wurde der Bahnverkehr stillgelegt. Sämtliche Kaufhäuser und Geschäfte haben zur Dokumentierung ihrer Sympathie mit den Streikenden geschlossen.

Die tschechische Regierung hatte gestern stark Abteilungen Militär im Streikgebiet zusammengezogen, um ihren Versammlungs- und Demonstrationsverbote Geltung zu verschaffen. Die Streikenden haben jedoch ihre geplanten Streikmeetings in Brüx, Dux, Teplitz-Schönau, Aussig und Komotau trotz Verbots durchgeführt. In Oberleutensdorf entwickelte sich aus Zusammenstößen mit dem Militär ein längerer Barricadenkampf. In Brüx forderten die Zusammenstöcke drei Todesopfer.

Gendarmeriekordon durchbrochen — Streikmeeting erzwungen

Im Laufe des Nachmittags kam es auch in Brüx zu schweren Zusammenstößen. Die ganze Stadt ist von Gendarmerie und Staatspolizei besetzt. Ununterbrochen kommt es zu Angriffen der bewaffneten Macht gegen die Demonstranten und zu Zusammenstößen. Die Demonstranten durchbrachen einige Male den Gendarmeriekordon. Die aus den umliegenden Ortschaften heranziehenden Demonstrationszüge konnten nicht in die Stadt gelangen. Aus Brüx marschierten ihnen gegen 1800 Arbeiter entgegen. An der Stadtgrenze wurden sie von einem Gendarmeriekordon aufgehalten. Die Demonstranten forderten freien Eintritt in die Stadt. Auf der einen Seite des Kordons standen gegen 2000, auf der anderen gegen 1000 Arbeiter. Unter dem Druck dieser Massen musste der kommandierende Polizeikommissar eine Kundgebung erlauben. Es kam hierbei zu schweren Zusammenstößen, in denen Verluste dem Regierungskommissar der Säbel entzogen, zerbrochen und in den Kanal geworfen wurde. Die herbeigerufenen Dragoner

unternahmen eine Attacke, gegen die die Demonstranten sich mit Steinwürzen wehrten. Der Kampf dauerte über eine halbe Stunde. Gegen die Demonstranten wurden ungefähr 150 Schüsse aus Maschinengewehren abgegeben. Drei Tote und zahlreiche Schwerverletzte sind zu verzeichnen. Die Demonstranten hielten einen Zug auf, um die Verwundeten ins Krankenhaus zu schaffen.

Barricadenkämpfe gegen Militär

Am Vormittag kam es in Oberleutensdorf zu Zusammenstößen. Hier stellte der große Textilbetrieb die Arbeit ein und 2000 bis 3000 Arbeiter zogen zur Hutfabrik, um die dortige Belegschaft zum Aufstieg an den Stoff zu veranlassen. Während die Deputation beim Betriebschutz weilt, nahm eine Abteilung Dragoons einen Angriff auf die Menge. Die Demonstranten rissen Jäne aus, legten den Straßenbahnenverkehr still und errichteten Barricaden gegen die anrückenden Dragoner. Drei Dragoner wurden verwundet. Einige weigerten sich, gegen die Arbeiter vorzugehen. Durch ihren unbengten Kampf erzwangen die Arbeiter die Erlaubnis zur Abhaltung der Streik Kundgebung, an der 10 000 Arbeiter teilnahmen.

Polizeiautos als Barricaden

Weitere Demonstrationen fanden in Saaleck und Nieder-georgsdorf statt. Hier demonstrierten 4000 bis 5000 Personen. In Komotau kam es ebenfalls zu schweren Zusammenstößen. Auf dem Wege von Seestadt nach Görlitz wurde ein ausgelöste 6000 Personen harter Zug von Gendarmen und Polizei aufgehalten. Es kam zu schweren Zusammenstößen, wobei es für Schwerverletzte gab, darunter einen Polizisten. Die Demonstranten waren die drei Autos mit Gendarmen um und benutzten sie als Barricaden.

In Dux fand eine von den Behörden erlaubte Kundgebung statt, die in vollkommener Ruhe und Ordnung verlief und an der sich 7000 bis 8000 Personen beteiligten.

Die Demonstrationen dauern im ganzen Revier zur Zeit noch an. Ein Überblick über den bisherigen Verlauf der Kundgebungen zeigt, daß es den Behörden und der mobilisierten bewaffneten Macht nicht gelungen ist, den Generalstreit, der für den heutigen Tag proklamiert war, zu brechen.

★ ★ ★

Die tschechische Arbeiterklasse führt ihren Kampf gegen Lohnraub, Massenentlassungen und Kriegsrüstungen des tschechischen Imperialismus im Interesse des gesamten internationalen Proletariats. Der Generalstreit in Brüx, an dem sich nicht nur die Arbeiter aller Industriezweige, sondern auch der gesamte Mittelstand beteiligen, ist ein neuer Höhepunkt dieser gewaltigen Klassenkampf, die je die Tschechoslowakei erschütterte. Mit allen Raffinessen versuchten Regierung und Gewerkschaftsbürokratie, den seit drei Wochen andauernden, sich laminenartig ausbreitenden Kampf der Bergarbeiter abzumürgen. Die Regierung versprach bereits demagogisch Hinausziehung der Entlassungen und des Lohnraubs. Vergleichbar! Der Kampf gewinnt an Heftigkeit und Wucht, begeistert das gesamte tschechische Proletariat zum lähmenden Angriff auf die Regierung des Hungers und des Krieges. Versammlungsverbote der Regierung werden nicht geachtet. Demonstrationen trotz Verbots und Schießbefehl durchgeführt. Die Arbeiterschaft von Brüx zeigt ihre Kraft, beherrscht die Straßen und beherrscht die Stadt, indem sie das stets zwischen Bourgeoisie und Proletariat schwankende Kleinbürgertum durch diesen Beweis

seiner Stärke auf seine Seite gezogen hat. Der Bergarbeiterstreit in Nordwestböhmen hebt die Klassenkämpfe in der Tschechoslowakei auf eine höhere Stufe.

Der internationale Charakter des gigantischen Massenkampfes in Nordwestböhmen tritt noch klarer hervor, wenn wir daran denken, daß die Tschechoslowakei die Rückländer des französischen Frankreich ist und nächst Polen in der Vorbereitung des Antisowjetkrieges eine bedeutsame Rolle spielt.

Generalstreit in Polen unter revolutionärer Führung!

Generalstreit in Böhmen!

Barricadenkämpfe streikender französischer Textilarbeiter in Bienne!

Das Proletariat Frankreichs und seiner Vasallenstaaten hebt sich auf die Höhe seiner geschichtlichen Aufgabe, Vortrupp in der Befreiung des imperialistischen Krieges zu sein, steigert seine ökonomischen Streiks zu Massenkämpfen gegen die Regierungsgewalt! Von hier bis zur Entfaltung direkter Aktionen gegen die Kriegsvorbereitungen ist kein weiter Schritt!

Front der imperialistischen Kriegsschäfer zusammenhalten und stärken.

Unsere französische Bruderschaft steht mit ihrem proletarischen Kampfprogramm des revolutionären Internationalismus in hartem Kampf gegen die geschlossene Front der Kriegsschäfer. Sie hat sich das Ziel gesetzt „den Block der Arbeitersklasse und ihrer Verbündeten gegen das ganze System des tschechischen Imperialismus und gegen die Parteien dieses Imperialismus zusammenzuschweißen“. In allen Wahlbezirken hat sie sorgfältig ausgewählte Kandidaten aufgestellt. Sie macht große Anstrengungen, an die sozialdemokratischen und nationalistischen Arbeiter heranzulommen. Ihr Wahlkampf steht im Zeichen der „Einheitsfront von unten, der Klassenkämpferischen Gewerkschaftseinheit mit dem Ziel, die Arbeitskämpfe gegen die Kapitaloffensive und gegen den imperialistischen Krieg vorzubereiten und zu organisieren“.

Fr. Frankreichs im Wahlkampf

Paris, 13. April. Der Wahlkampf zu den französischen Kammerwahlen am 1. und 8. Mai wird in außerordentlicher Härte geführt. Die Parteien der französischen Bourgeoisie haben ein klares Ziel: verhindern, daß die französischen Arbeiter, Angestellten und Mittelständler, die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Hunger zu spüren bekommen haben, zum Heer der kommunistischen Revolutionäre stoßen. In der alten Kammer konnte die Regierung in der Frage des Krieges im Fernen Osten, in der Frage der Tributpolitik gegenüber Deutschland, in jeder entscheidenden internationalen Frage mit Stolz die „vollkommenen Einheitlichkeit der Meinungen“ von der äußersten Rechten bis zu den Sozialdemokraten“ feststellen. Der französische Imperialismus, der immer offener den Kurs auf neuen Krieg, neues imperialistisches Weltgemehele nimmt, will durch die Kammerwahlen diese

Zehntausende tragen Genossen Pokrowski zu Grabe

Moskau, 13. April. (Eig. Meldung.) Das Begräbnis des Genossen Pokrowski gestaltete sich zu einer mächtigen Demonstration der Arbeiter Moskaus für die bolshewistische Partei. Schon vom frühen Morgen an besetzten gehauende Moskauer Arbeiter und Arbeiterinnen an der Urne, die im weißen Saal des Gewerkschaftshauses aufgestellt war, vorbei. Der Leichenzug, der durch die Straßen Moskaus zog, war Zehntausende stark.

Schanghai soll den Chinesen ganz entstehen werden

Schanghai, 12. April. Die Schanghaier „Friedensverhandlungen“ ziehen sich schon wochenlang hin, weil die imperialistischen Gegenseite hart aufzuhändeln. Japan hat neuerdings wieder Bombenflieger über Schanghai kreisen lassen und baut seine strategischen Stellungen sicherhaft aus, um, gestützt auf die militärische Vorherrschaft, den Hauptteil an der Seite Schanghai zu sichern. Verschiedene andere Großmächte haben sich dem Plan gesöhnen, Schanghai den Chinesen vollkommen zu rauben und zum Freistaat zu erklären, wo die Macht in den Händen einer internationalen Polizei von 3000 Mann liegt. Die Aussicht soll dem Haager Schiedsgericht übergeben werden.

1. Mai in der Sowjetunion

Entsendet Betriebsbelegierte

Zum 1. Mai 1932 organisiert der Bund der Freunde der Sowjetunion eine Delegation von parteilosen, sozialdemokratischen und christlichen Betriebsarbeitern zum Studium des Aufbaus in der Sowjetunion. Die russischen Arbeiter aus den einzelnen Großbetrieben der UdSSR haben ihre deutschen Arbeitsbrüder, die in den Betrieben der gleichen Industriezweige arbeiten, eingeladen. So ergingen Einladungen an die deutschen Bergarbeiter, die Eisenbaharbeiter, die Hafenarbeiter und Seelente, die Textilarbeiter, die Chemiearbeiter und die Metallarbeiter. Delegierte zu wählen und zum 1. Mai nach der Sowjetunion zu senden.

Nur noch eine kurze Zeit trennt uns von der Abfahrt der Delegierten in die Sowjetunion, und noch sind nicht in allen Großbetrieben die Delegierten gewählt worden. Daraum fordern wir alle Betriebsarbeiter auf, diese Frage sofort zu stellen, einen Kollegen zu entsenden, der gemeinsam mit den Arbeitern der Sowjetunion den 1. Mai begeht.

Alle weiteren Auskünfte erhält der Bund der Freunde der Sowjetunion, Berlin AB 7, Dorotheenstraße 77, bei dem auch die Originale der Einladungen an die Arbeiterschaft der verschiedenen Industriezweige von den russischen Arbeitsbrüdern eingesehen werden können.

Von Avantgarde-Gefechten zu Maffengaktionen

von M. Louis.

Die II. Internationale hat sich an den Völkerbund gewandt, um die Munitionslieferungen für Japan einzustellen. Sie fordert von den Verbündeten Japans, von den imperialistischen Regierungen die Einstellung der Munitionslieferungen. Seit dem Aufruf der II. Internationale, seit dem 26. Februar, hat keine Partei der II. Internationale sogar diese „Forderung“ gestellt. Der Aufruf wurde ja nur als „Alibi“ erlassen, um die Kriegsgefege der II. Internationale und ihrer Parteien vor den Arbeitern besser zu verdecken. Die gewöhnlichen Verbrecher sind bestrebt, sich ein Alibi zu suchen. Die Kriegstreiber aus der II. Internationale suchen auch Alibi.

Auf der letzten Tagung des Büros der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale wurde angeblich beschlossen, eine „Antikriegskommission“ zu bilden. Dies war auch nur ein Alibi. Von der Tätigkeit der Antikriegskommission hört man nichts.

Die Internationale Transportarbeiterföderation hat unter der Führung des Herrn Kimmens beschlossen, die Frage der Verhinderung der Munitionstransporte auf ihrer nächsten Tagung zu studieren. Das ist das Alibi des Herrn Kimmens. Gleichzeitig unterstützen die französischen Sozialisten die Antisowjethege des rumänischen Sojons, schwägen die deutschen Sozialdemokraten die Kriegsprovokatoren Billudiffs, gleichzeitig unterstützen die Sozialfamilien ihre eigenen Regelungen in der Vorbereitung der Intervention.

Die revolutionären Arbeiter wenden sich nicht an den Völkerbund, wenden sich nicht an die imperialistischen Regierungen. Sie handeln gegen den imperialistischen Krieg. Es ist bestimmt unsere Schwäche, Fehler, die Mängel unserer Arbeit, daß bisher verhältnismäßig wenig direkte revolutionäre Massenaktionen in den verschiedenen Ländern gegen den imperialistischen Krieg verzeichnet werden konnten. Dafür mehr verdiensten die revolutionären Beispiele verzeichnet und populärisiert zu werden.

In Rotterdam hat die chinesische Mannschaft des Schiffes „La Certe“ das Schiff mit Kriegsmaterial nach Japan wochenlang aufgehalten. Bestimmt war es ein Mangel in der Arbeit unserer holländischen Genossen, daß sie keine Solidaritätsaktion der Hafenarbeiter und Seelente organisierten.

In Hamburg hat die chinesische Mannschaft des Schiffes „Koblenz“ die Arbeit verweigert, um die Munitionsverladung zu verhindern. 75 deutsche Hafenarbeiter, die bei der Verladung beschäftigt waren, erklärten sich vollständig mit den chinesischen Seelenten. Der sozialdemokratische Hamburger Polizeipräsident Schönfelder ließ die chinesischen Meuterer verhaften...

In Bombay trat die indische Mannschaft des Schiffes „Vancashire“ in den Streik, um die Munitionslieferung nach Japan zu verhindern.

In Durdar (Südafrika) trat die Mannschaft des Schiffes „Neu-Amsterdam“ in den Streik, um die Beförderung von Kriegsmaterial nach Japan aufzuhalten. 23 Matrosen wurden verhaftet.

In Dünkirchen traten 3000 Hafenarbeiter in den Streik, um gegen den imperialistischen Krieg zu protestieren. Der Proteststreik dauerte 24 Stunden.

In Hamburg haben die Arbeiter an den Hafenstellen A und B die Arbeit als Protest gegen den imperialistischen Krieg verweigert.

In Holland wurden in einem Betrieb eine größere Partie Gasmasken, die für die japanische Armee bestellt worden waren, unbrauchbar gemacht.

In Dombrowa (Polen) haben die Arbeiter der chemischen Fabrik Ströms gegen die Kriegsproduktion den Proteststreik ausgelöst. Der Streik dauerte nur 24 Stunden. Die Arbeiter haben auch eine Lohnherhöhung um 4 Prozent erzwungen.

In Medeburg im Betrieb Völle sind die Arbeiter gegen die Munitionsproduktion in passive Kessenz gestritten. Die passive Kessenz der Arbeiter hat die Ablieferung der Munition an die japanische Kommission zum vertragsgemäßigen Termin verhindert.

In Bielefeld, in dem großen chemischen Betrieb Bielefeld, wo Kriegsmaterial für Japan produziert wurde, wurde die passive Kessenz durchgeführt. Der Rangierbahnhof des Betriebes geriet in Unordnung, weil mehrere Rieseschiffe verweilten.

In Leipzig haben die Eisenbahner am Güterbahnhof Munitionstransports, die als Haushaltsgeräte getarnt waren, entdeckt. Ein Teil der Munition wurde vernichtet.

Wir verzichten diese Aktionen. Sie sind Beispiele des revolutionären Kampfes gegen Kriegsproduktion und Kriegslieferungen für den japanischen Imperialismus. Es handelt sich gewiß um Aktionen, die bisher erfaßt bis zu einige hundert, einige tausende Arbeiter in den verschiedenen Ländern. Gewiß stellen diese Aktionen nur die Geschichte der Avantgarde vor. Aber diese Aktionen werden einen Ehrenplatz in der Geschichte der revolutionären Arbeiterschaft finden, weil sie wirklich revolutionäre Handlungen gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Intervention waren.

Die Demonstrationen der tschechischen Rekruten in 27 Städten, die Soldatendemonstrationen in Oran (Algier), die Tatsache, daß auf dem französischen Kriegsschiff „Prémuguet“ die Mannschaft einigemal abgesetzt werden mußte, die Demonstrationen der Rekruten in Tschernowitz gegen den imperialistischen Krieg und in erster Reihe das revolutionäre Auftreten von japanischen Soldaten gegen den imperialistischen Krieg der eigenen Bourgeoisie bleiben auch leuchtende Beispiele des revolutionären Kampfes.

Die Demonstrationen vor den japanischen Vertretern in Shanghai, Hamburg, Warschau, New York, Rotterdam usw. waren auch Erhebungsformen der Massenempörung gegen den japanischen Imperialismus.

Die ersten Avantgarde-Gefechte wurden schon geliefert. Sie zeigen den Weg zu großen revolutionären Massenaktionen...

Von der SPD. zu Hitler

Sozialfascistische Führer gehen zu den Nazis über — hier sind die Beispiele!

Auch der gestrige Abend „Vorwärts“ wiederholt die Lüge, daß auf Grund des Wahlergebnisses kommunistische Mitglieder und Funktionäre zu den Nazis gegangen seien. Solche Berichte bringt der „Vorwärts“ aus dem Vorwärts aus Schöningen, Langenburg, Wolsenbüttel, Schöppenstedt und Langelsheim. Mag der „Vorwärts“ diese Meldungen auch mit Einzelheiten ausstatten, so bleibt nach wie vor die Tatsache bestehen, daß sie von Abis Zerlogen sind. All diese Übertritte werden von der SPD. und bürgerlichen Presse zusammengebracht, um in die Reihen des revolutionären Proletariats Verwirrung zu tragen.

Umgekehrt ist es eine Tatsache, daß sozialfascistische Führer offen zu den Nazis übergegangen sind. Beispiele der Politik und der Ideologie der SPD. und der der Nazis besticht ja kein gründlicher Unterschied. Aus der Fülle der Übertritte von SPD.-Führern zu den Nazis seien nur folgende genannt:

August Winnig, führender Sozialdemokrat, Oberpräsident der SPD.-Regierung in Preußen, einer der Organisatoren der Ballkumer. Trotz seiner engen Freundschaft mit den Faschisten bleibt er in der SPD. und erst, als er beim Kapp-Putsch sich auf die Seite der Faschisten stellt, wird er abgesetzt. Ganz konsequent geht Winnig dann zu den Nazis.

Vuermeyer, Amtshauptmann von Malchin, langjähriges SPD.-Mitglied, von der mecklenburgischen SPD.-Regierung in sein Amt eingestellt. Ehriger Notverordnungspolitiker, feste Stütze der Notverordnungsdiktatur. Als die SPD.-Regierung in Mecklenburg gestürzt ist, entdeckt Burmeister sein Hitlerherz und geht zu den Nazis.

Grüner, Regierungspräsident im Rheinland. Altes SPD.-Mitglied.

So leicht wechseln die SPD.-Führer zu den Faschisten über. Warum auch nicht? SPD. und Nazis sind Stücke des Kapitalismus und Feinde des revolutionären Proletariats. Zwischen Kommunisten und Faschisten aber besteht Todfeindschaft. Darüber können auch die infaisten Lügen der bürgerlichen und SPD.-Presse nicht hinwegtäuschen.

Auf diese Lügenhefe müssen die Arbeiter am 24. April die Antwort geben: Schlagt Hitler und Seuerling! Wählt kommunistische Partei Deutschlands, Liste 4!

Schamlose Wahlüngen am Branger

Lügenfront der Kapitalistie von Hitler bis Wels

Der Wahltag vom 10. April ist kaum vorüber. Schon steht erneuter Stärke die freche, schändliche Lügenhefe der gesamten faschistischen Kapitalfront, von den Nazis bis zu den SPD., ein. Drei besonders widerträchtige Lügen stellen wir heute an den Branger. Eine von Hitler, dem Führer der NSDAP, die andere von Otto Wels, dem Vorsitzenden der SPD., und die dritte von dem Chefredakteur einer schwerindustriellen Zeitung — alle drei von Agenten des deutschen und internationalen Finanzkapitals.

I. Lügner: Adolf Hitler!

Im „Völkischen Beobachter“ vom 12. April behauptet er, daß der kommunistische Parteidistanz einen Teil der kommunistischen Parteimitglieder zur Wahl Hindenburgs abkommandiert habe, und daß von Moskau Weisung an die deutschen Kommunisten ergangen sei, Hitlers Wahl mit allen Mitteln zu hinterziehen und zu diesem Zweck auf die Kandidatur Hindenburgs Rücksicht zu nehmen.

Hält Hitler seine Anhänger für so doppelst, daß sie diesen dummen, verleumderischen Schwindel glauben? Wir Kommunisten sind die einzigen Gegner der Notverordnungsdiktatur und des imperialistischen Krieges, die einzigen Gegner dieses faschistisch-kapitalistischen Systems, dessen Hauptkandidat in den Präsidentenwahlen Herr v. Hindenburg war. Hitler selbst erklärt in seinem Lügenartikel seine eigene Rolle als der „Schutzwall“ des kapitalistischen Ausbeuterstems gegen den sozialen und nationalen Freiheitskampf. Er schreibt: „Ohne Hitler hätte der Bolschewismus schon längst die Macht ergriffen.“ Oho, nicht so zuverlässig, Herr Kapitalsknecht! Der Bolschewismus wird auf den Trümmern des kapitalistischen Systems, auf dessen Hauptstühlen der Hitlerfascismus gehörte, die Macht der Arbeiter austüpfen — trotz der Hitler, Brünning, Hindenburg und Wels!

2. Lügner: Otto Wels!

In der Kundgebung der „eisernen“ Hindenburgfront im Berliner Sporthaus am 11. April wiederholte der Führer der SPD. die gemeine, lügenreiche Behauptung der Künstler und Konsorten, daß „die Kommunisten in erheblicher Zahl der Parole des Kronprinzen gefolgt sind, indem sie für Hitler stimmen.“

Otto Wels bläst ins selbe Horn wie Hitler, nur diesmal „von der anderen Seite“. Hitler lügt, die Kommunisten wählen Hindenburg. Wels ist noch um eine tüchtige Portion frecher Lügen als der Nazihäuptling. Er verwechselt wohl die revolutionäre Arbeiterfront mit sich selbst, mit den Wels, Ebert, Scheidemann und Konsorten, die während des imperialistischen Krieges den Parolen Wilhelms und des Kronprinzen folgten und die erst die Rücksicht des „Helden von Charleville“ nach Deutschland ermöglicht haben. Die Wels und Konsorten haben sich seit August 1914 in allen Lagen der Konterrevolution hervorgetan. Sie haben das Lügen aus den Kriegsberichten gelernt und wenden jetzt diese Kunst in ihrem Kriege gegen die werktätigen Massen an.

3. Lügner: auch ein Kapitalsknecht

In einer Münchener Zeitung, die sich ausgerechnet „Der gerade Weg, Deutsche Zeitung für Wahrheit (!) und Recht“ nennt und die von Dr. Gerlich herausgegeben wird, ist am 10. April ein ganzer Lügenroman erschienen, den Gerlich jedenfalls sich von SPD.-Bonzen hat zusammenschreiben lassen, damit diese sich später auf die „wahren Dokumente“ des Lügendorfors Gerlich berufen können. Gerlich bringt einen „Bericht“ über eine völlig aus den Fingern gesogene Skizze des Politbüros in Moskau am 14. März. So viel Worte, so viel gemeine, niederrächtige Lügen! Lügendorf Gerlich läßt Ger-

nossen Manuelli sprechen, daß „Hitler die Hoffnung des Bolschewismus“ bleibt. Lügendorf Gerlich läßt den Genossen Kreinsti ein wenig dagegen opponieren, um schließlich die Frage durch den Genossen Stalin „im Sinne der Unterstützung Hitlers entscheiden zu lassen“. Um diesen ganzen Lügenabrei glaubwürdiger erscheinen zu lassen, bedient sich der Bundesgenosse von Wels solcher dummen Mätschen, daß er Genossen Stalin „mit einer größeren Verspätung erscheinen“ läßt, daß er Max Hölz (der sich zur Zeit übrigens nicht in Moskau, sondern in Magnitogorsk im Urlaub befindet, d. Red.), als Mitglied des Politbüros auftreten läßt, daß Genosse Remmese dort spricht und dergleichen mehr.

Der „Gerade Weg“ des Lügendorfors Gerlich ist so labrintisch, daß der ganze Bericht nicht einmal wie ein Witzblatt wirkt.

Das ist die Lügenfront der Agenten der faschistischen Kapitaldiktatur. Sie lügen vereint, sie hassen vereint, sie haben alle nur einen Feind: das revolutionäre Proletariat und seine Partei, die KPD!

Schlagt in roter Einheitsfront die Parteien der faschistischen Notverordnungsdiktatur von Hitler bis Wels! Wählt am 24. April Kommunisten! Das muß die Rettung der werktätigen Massen auf die schamlose Lügenhefe von den Nazis bis zur SPD. sein.

SPD. bewilligt Nazi-Bührer Riesenpension

Der bisherige Dresdner Bürgermeister Bührer, der befürchtlich vor wenigen Wochen von der SPD. in die NSDAP. übergetreten ist, wurde auf dem Wege eines Disziplinarverfahrens wegen schmählicher Geldgeschäften seines Amtes entbunden. Jetzt ist er auf Beschluss sämtlicher Fraktionen des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums mit Ausnahme der Kommunisten mit einer lebenslangen Rente von 893 Mark pro Monat pensioniert worden. Die SPD.-Bonzen haben ihren ehemaligen Parteigenossen, den Nazi-Bührer, nicht im Stich lassen wollen. In der Unterstützung der kapitalistischen Korruption halten sich NSDAP. und SPD. die Waage.

Milde Justiz gegenüber Nazis

Kämpft für die Vollamnestie der proletarischen Gefangenen!

Um Dienstag, dem 12. April, wurde der Sohn des Luther-Attentäters, der nationalsozialistische Chemiestudent Harry Roosen, wegen Vergehen gegen die dritte Notverordnung, Richtanmeldung von Waffen und unerlaubten Waffenbesitz, zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Das bedeutet für den Herrn den Ausfall eines Sozialhilfss. Arbeiters, bei denen nur ein alter Spaten gefunden wird, erhalten von denselben Gerichten sechs Wochen Gefängnis und mehr. Der Kampf um die Amnestie, um die Freilassung aller wegen Notvergehen und antisozialistischen Kampfes verurteilten Werktäglichen muß auf breiterster Grundlage in roter Einheitsfront geführt werden.

Am 17. April Volksbegehr in Oldenburg

Um kommenden Sonntag, dem 17. April, findet in Oldenburg ein Volksbegehr auf Auflösung des Oldenburgischen Landtages statt. Die kommunistische Partei fordert die werktätigen Massen auf, für die Auflösung zu stimmen. Durch die Polizeigärne wird die Agitation der Kommunisten erheblich behindert. Erst auf Druck der Massen stand sich das oldenburgische Inneministerium bereit, das Verbot von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel wenigstens für die letzten Tage vor dem Volksentscheid, für die Zeit vom 12. bis zum 16. April, teilweise aufzuheben.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Knecht, Berlin. Für Anzeigen und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage Gustav Bode, Kleine Alexanderstraße 28. Heraus: Sammler E. 1, Berlin 3481

Glosse vom Tage

Arbeit — für wen?

Dass die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein Herz für die Not der Erwerbslosen haben, steht wohl außer Atem. Die einzigen, die dieses Herz bisher nicht entdeckt haben — oder nicht entdecken wollen — sind die revolutionären Arbeiter.

Und die Erwerbslosen selbst.

Das muß hier einmal sehr deutlich ausgesprochen werden: Die Erwerbslosen haben mit ihrer Arbeit auch das Verständnis für die Leipart und Genossen verloren.

Die Erwerbslosen verstehen einfach nicht, warum man den Krisenkongress bis nach den Präsidentenwahlen verschoben mußte. Dabei war die Parole ironischerweise: Arbeit für Hindenburg — dann Arbeitsdienstpflicht für euch!

Dies sollte etwa der greise Hindenburg an der Spitze der Stempelarmee marschieren?

Die Erwerbslosen verstehen zweitens nicht, warum sie auf diesen Kongress nicht angehört werden. Die Forderung der Erwerbslosen, daß sich Leipart und Aufhäuser mit ihnen unterhalten, ist ein Zeichen ihrer Wirtschaftsfeindlichkeit.

Was verstehen die Leipart von den Ursachen der Krise?

Was verstehen sie von dem reformistischen Arbeitsbeschaffungsplan?

Der Kapitalismus ist krank. Im Krankenzimmer hat der State zu schwitzen. Im Krankenbett hat allein der Arzt das Wort.

Also: Laßt Leipart sprechen!

Oldenburg



Bauarbeiter kämpfen

für ein rotes Preußen
gegen Lohnabbau
für den Schutz
der Sowjetunion

Kampfesstimmung auf den Baustellen

(Arbeiterkorrespondenz)

In Reinicendorf-Ost, nahe am Schäfersee, befindet sich ein Neubau, dessen Eigentümer die Aktiengesellschaft für Kleinbauwohnungen ist. Drei große Gebäude sind im Entstehen. Als ein Glanzstück der preußischen Sozialpolitik sollen hier die Schupo-Familien untergebracht werden. Der Bauunternehmer sind die Gebr. Zalobomitsch, und die Zustände hier spotten jeder Beschreibung.

Die übelste Untreiberei führt der Polier Finger. Der Untreiber hält treu zur SPD.

Dreimal Lohnabbau in einem Jahr

Jetzt sollen die erbärmlichen Löhne noch abgebaut werden. Die Unternehmerverbände haben die bisherigen Tarife gekündigt, und wollen einen radikalen Lohnabbau vornehmen, der sich am 1. Mai auswirken soll. Dieser Lohnabbau ist ein mörderischer Angriff gegen die Lebensinteressen der Bauarbeiter, die sowieso Saisonarbeiter und heutzutage größtenteils erwerbslos sind. Seit einem Jahr ist dieser Lohnabbau der dritte.

Wir revolutionären Bauarbeiter müssen den Kampf gegen diese Verleumdung aufnehmen.

Der Drehkünstler

Zu diesem Zweck hatten wir am 12. April auf der Baustelle eine Belegschaftsversammlung, wo auch eine Delegation der erwerbslosen Bauarbeiter erschien. Herr Polier Finger wollte die Versammlung nach 4 Uhr auflösen, aber der lädierte Verluch dieses, mit der SPD sympathisierenden Herren, ist nicht gelungen. Der erste Redner war Meliz vom Industrieverband, der allerdings radikale Töne erschallen ließ, aber sich gegen die politischen Forderungen des Einheitsverbandes wandte, zum Beispiel Verhinderung der Sowjetunion, Kampf gegen Seering und Braun, das „kleinere Uebel“. Umbau von großen Wohnungen in Arbeiterwohnungen usw. Er will nur vom Lohnabbau etwas wissen. Er ist auch gegen einen Kampfaufschub, weil beim Eintreten eines Streiks eine Streitleitung eingesetzt wird.

Kampf ist der beste Wahlhelfer und Schützer der Sowjetunion!

Der Vertreter des Einheitsverbandes hat die Ausführungen von Meliz mit Erfolg widerlegt, wies auf die Herren „Arbeitnehmer“-Beisitzer, die auch politisch das Brüning-Seering-Braun-System unterstützen, hin, infolgedessen muß man mit den zehn geforderten Punkten die Forderungen der streitenden Bauarbeiterchaft ergänzen. Im übrigen habe der rote Einheits-

verband zweimal den Industrieverband zu einer Besprechung geladen, um eine gemeinsame Kampfbasis für den Streik zu finden. Zweimal ist der Industrieverband nicht erschienen. Kampfaufschüsse müssen unbedingt gebildet werden, da ein spontaner Streik selten zum Erfolg führen kann. Die Vergangenheit hat gelehrt, je besser ein Streik durchorganisiert ist, desto stärker die Kampffront. Der rote Einheitsverband ist bereit, mit sämtlichen Arbeitern, ganz gleich, in welchen Verbänden sie stehen, geschlossen den Kampf gegen den Lohnraub anzunehmen.

Nach der mit starker Beifall aufgenommenen Rede stimmten die Diskussionsredner dem Kollegen des roten Einheitsverbandes zu. Ein Arbeiter vom Baugewerksbund erklärte: „Ich werde auf keinen Fall arbeitslos stehen, sondern mit euch Schulter an Schulter gegen den Lohnabbau kämpfen“. Ein unorganisierter Arbeiter: „Dreieinhalb Jahre war ich arbeitslos, weiß also, was Hunger heißt. Doch wenn jetzt der Streik ausbricht, werde ich mit euch kämpfen, nur wenn wir hartnäckig vorstoßen, kann unsere Aktion von Erfolg sein. Ich persönlich habe keine Angst, wieder auf die Straße gesetzt zu werden.“

Der Vertreter der erwerbslosen Bauarbeiter erklärte: „Kollegen, wir erwerbslosen Bauarbeiter versichern euch, daß wir euch mit allen Mitteln unterstützen werden. Wir werden Streik-

posten stehen, für euch sammeln, alles tun, damit die Streiffront nicht geschwächt wird.“

Ein Arbeiter vom Industrieverband: „Vier Jahre haben wir im Krieg in Todes und Blut gelegen, haben Kohle dampf gehoben. Und jetzt, wo es um unsere eigenen Interessen geht, müßte der Dittel dreinschlagen, wenn wir Arbeiter nicht zusammenstehen, um den Unternehmern die Stirn zu zeigen. Also, Kollegen, ein Herz gesetzt!“

Nachdem ein Junge erklärte, daß bei manchen Kollegen die Stimmung nicht besonders gut wäre, versuchte Meliz wieder einzuhaken, aber er konnte nicht zu Ende sprechen, weil er von seinen eigenen Verbandskollegen niedergeschrien wurde. Es wurde beschlossen, Delegierte für den Kampfkongress der vom Einheitsverband für kommenden Sonntag einberufen ist, zu wählen. Damit wurde die Versammlung bei glänzender Kampfesstimmung geschlossen.

„Wir wollen und werden kämpfen, und das ist die beste Wahlarbeit für die Bauarbeiter und zum Schutz der Sowjetunion. Wir Bauarbeiter sind fest entschlossen, unserem Vaterland Hilfe zu leisten, wenn die imperialistischen Räuber es anzugreifen wagen. Erfolgreiche Lohnkämpfe, Wahlsieg in Preußen, sind der stürzende Damm gegen den Interventionstrikot gegen unser Vaterland, die Sowjetunion.“

Die Kriegshetzer des BGB



Der imperialistische Krieg, der jetzt gegen unser Vaterland, die Sowjetunion, organisiert wird, die Gefahr eines neuen Weltgemecks, naht mit Riesenschritten. Der bananenreiche Kapitalismus will durch einen Raubkrieg gegen die Sowjetunion die furchtbare Krise überwinden.

Die gemeinsten und schurkhaftesten Vorbereiter dieses neuen Weltgemecks sind die Führer der II. Internationale, die Sozialdemokratien und in erster Reihe die deutschen Sozialdemokraten.

Schon damals, bei dem großen Weltgemeck von 1914-18, als die deutsche Sozialdemokratie das Proletariat verraten und in den furchtbaren Krieg geführt hat, waren die Bürokraten des Baugewerksbundes dabei. Was schrieb der „Grundstein“ im Jahre 1914?

„... Jetzt heißt es im Interesse aller im Kriege beteiligten Genossen die Einmütigkeit nicht zu stören.“

„... es nun geradezu notwendig, daß die Massen der Proletarien und Proletarierinnen durchglüht sind von dem Feuer freudiger Begeisterung... Diesen Geist zu wecken und zu pflegen ist die große Aufgabe unserer in vorderster Reihe stehenden sozialistischen Kämpfer...“

Dieses Kainszeichen der tiefsten Schande der deutschen Bau-

arbeiterbewegung ist nicht verblüfft, und die Bürokraten des Baugewerksbundes bleiben nur ihren Traditionen getreu, wenn sie diese schurkische Arbeit auch heute weiterführen. Sie sprechen jetzt ebenso, aber noch gemeiner wie damals. Jetzt heben sie offen zum Krieg gegen die Sowjetunion, das einzige Vaterland der Werkstätigen.

In einer nach langer Zeit wieder einmal einberufenen Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes in Frankfurt am Main erklärte der Angeklante Krieg in einem Referat über Weltwirtschaftskrise, „daß auf baldige Besserung nicht zu rechnen sei, da die Absatzmärkte eingeengt seien. Nur in England beständen noch ungeheure Absatzmöglichkeiten, die aber leider nicht zugänglich sind.“ Das ist die Sprache der Interventionisten, die Sprache der rauhgegartenen Weltbourgeoisie, und so wird die Intervention vorbereitet.

Noch offener und gemeiner hat sich der Baugewerksbund-Bonzen Kinnat im Provinziallandtag in Ostpreußen geäußert:

„Zawohl, wenn es so weit ist, werden wir wieder wie 1914 gegen alle Feinde angehen und wenn es darauf ankommt, auch gegen Rußland.“

Gemach, ihr Herren Völkermörder, Mordgesellen der imperialistischen Räuber gegen unser Vaterland! Verüchtigt ihr mit eurer Bourgeoisie unser Vaterland anzugreifen, wir revolutionären Bauarbeiter werden unsere Pflicht tun. Diese schurkischen Anhängerungen der Bau-Bonzen beleuchten aber wie blödig die erste Lage und verpflichten uns, mit noch größerer Energie unsere Lohnkämpfe zu organisieren, den Sieg der KPD in Preußen vorzubereiten und damit die Massen zum Schutz der Sowjetunion zu mobilisieren.

Genosse Frisch, der 30 Jahre gewerkschaftlich organisiert ist, ist seinen Verlebungen bereits erlegen. Frisch war ein Führer der Pariser Bauarbeiter, seine Ermordung löste in Paris eine ungeheure Erregung der Arbeitersklasse aus.

Der in Paris tagende Parteitag der KP Frankreichs unterbrach seine Sitzung und alle Delegierten verteilten sich auf die Pariser Betriebe und hielten Protestversammlungen vor den Fabriktouren bei Arbeitsplatz ab, an denen sich in einigen Fällen 5000 bis 6000 Arbeiter beteiligten. Am 24. März, am Beerdigungstage des Genossen Frisch, stellten viele Bauarbeiter hunderte protestig. An der Beerdigung beteiligten sich über 100 000 Arbeiter.

Mit dem Gesang der Internationale, mit Rufen nach Arbeit und Brot, Nieder mit dem imperialistischen Krieg, es leben die Sowjets, jogen die Arbeiter durch die Straßen. Ihren Höhepunkt fand diese Demonstration, als sich am Italienischen Platz Soldaten eines Infanterieregiments und eine große Anzahl Matrosen in voller Uniform dem Zug anschlossen, unter roten Fahnen ausmarschierten.

Auslöschlich dieser neuen Blutat an revolutionären Bauarbeitern erlich das Internationale Komitee der Bauarbeiter einen Protestaufruf an das Internationale Bauarbeiterkongress mit der Aufforderung, überall Protestaktionen durchzuführen und den blutigen Terror der Bourgeoisie mit verstärkter Kampfesfertigung allen Völkern zu beantworten.

Soldaten, Matrosen, Bauarbeiter

Eine revolutionäre Kundgebung für einen Bauarbeiter-Märtyrer

In Wittenburg-Senke, einem Vorort von Paris gingen erwerbslose Bauarbeiter auf eine Großbaustelle, wo 300 bis 400 Bauarbeiter arbeiten, um die dort Beschäftigten gegen die dort herrschenden miserablen Zustände: Überlastarbeit, untertarifliche Bezahlung zu mobilisieren und dieselben zu der am 24. März vom revolutionären Bauarbeiterverband angelegten Demonstration zu gewinnen.

Während der Ansprache eines revolutionären Bauarbeiters drang die Polizei auf die Baustelle ein und forderte die betriebsfremden Bauarbeiter auf, die Baustelle zu verlassen. Die erwerbslosen Bauarbeiter erklärten der Polizei, daß sie selbst die Betriebsfremde sei und sie zuerst die Baustelle zu verlassen habe. Mit Gummiknüppeln versuchte die Polizei die Erwerbslosen zu vertreiben, worauf sich die Bauarbeiter zur Wehr lehnten. Dabei wurden die Genossen Frisch und Pariser niedergeschossen.

„Ich bin roter Wahlhelfer!“

Bauarbeiter, wer gibt euch Arbeit?

Nur das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD ist die einzige Lösung für die erwerbslosen Bauarbeiter

(Arbeiterkorrespondenz)

Wir erwerbslosen Bauarbeiter werden in dem jetzigen kapitalistischen Deutschland nie mehr Arbeit bekommen. Wir müssen daher alle Kräfte anwenden, der KPD in Freuden zum Siege zu verhelfen, weil nur die KPD, die einzige Partei ist, die sich ernst um die Sache der Erwerbslosen kümmert.

Seht euch mal, Kollegen, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD an. Die KPD fordert in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm folgendes:

1. Durchführung eines Wohnungsbauprogramms von vorläufig 375 000 Wohnungen jährlich. 2. Sofortige Inangriffnahme der bisher immer wieder ausgeschobenen Erneuerungsarbeiten bei der Reichsbahn und den sonstigen öffentlichen Verkehrs-einrichtungen. 3. Sofortige Instandhaltung der Straßen: Ausbau des Straßennetzes. 4. Durchführung von Arbeiten zur Eindichung und Regulierung bzw. Kanalisation der Flüsse, insbesondere der Oder, Elbe, Saale. 5. Beschleunigte Vollendung der bereits angesagten Kanalbauten. 6. Bau von Talsperren, insbesondere in Schlesien, Sachsen, Baden, Bayern und Thüringen. 7. Durchführung von Meliorationen: Entwässerung oder Bewässerung zur Fruchtbarmachung großer brachliegender Flächen Moor. 8. Bau von Krankenhäusern und Heilstätten, Erholungs- und Kinderheimen. 9. Bau von gemeindeeigenen Landarbeiteriedlungen. 10. Errichtung von gemeindeeigenen Sport- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Grünflächen und Parkanlagen in den Arbeitervierteln.

Alle auf der Grundlage dieser Arbeitsbeschaffungsforderungen durchzuführenden Arbeiten müssen zu den fairen Löhnen er-

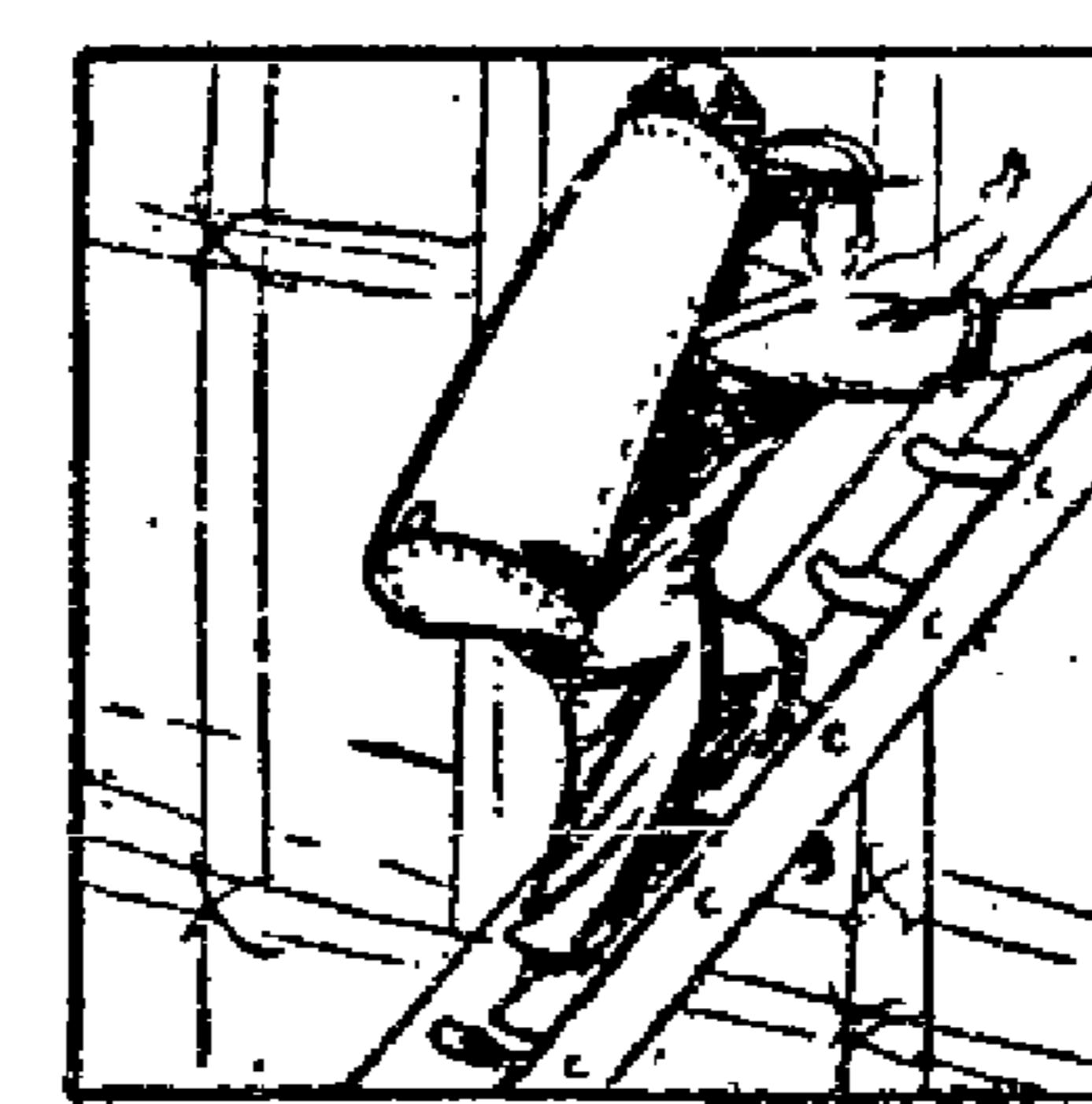


Kollegen: Eine andere Möglichkeit, uns Arbeit zu beschaffen, ist unmöglich. Glaubt ihr, daß eine solche Maßnahme die Hitlerpartei durchführen wird? Glaubt ihr, daß die SPD eine solche Maßnahme durchführen wird? Das sind Parteien zur Unterstüzung der Bourgeoisie und nicht für das Proletariat. Die

einzige Partei ist die KPD, die für die Bedeutungen den Kampf verfündet, die KPD ist die einzige Organisation, die die wirtschaftlichen Kämpfe dafür organisiert. Kämpft mit uns für ein rotes Preußen, das bedeutet auch Arbeit für die erwerbslosen Bauarbeiter.

Wie lebt der Bauarbeiter?

Reportage eines Arbeiterkorrespondenten



„Ja, über ein Jahr war ich arbeitslos. Das ist nicht so einfach, wenn man drei Kinder hat. Und seien Sie, wo wir Bauarbeiter doch Saisonarbeiter sind, also selten Arbeit kriegen, da wollen uns nun noch die Bauunternehmer den Lohn kürzen.“

Das erzählte mir ein Bauarbeiter, der augenblicklich Arbeit hat.

„Aber selbst wenn man Arbeit hat, was bleibt einem von den paar Schaltern? Kaum soviel, daß man sich richtig sattessen kann. Drei Kinder habe ich zu Hause. Das eine ist vier, das andere sieben und das älteste zehn Jahre alt. Sie sollten die Würmer sehen. Einen Schreck würden sie kriegen.“

Der Bauarbeiter zeigt mit seinen Lohnzettel.

Bruttoverdienst	59,06 M.	Verbrauch im Haushalt
Davon gehen ab:		
Steuern	3,15 M.	Miete 36,50 M.
Krankenfalle	3,80 M.	Fahrgeld 9,00 M.
Krisensteuer	0,50 M.	Feuerung 12,00 M.
Invalidenversicherung	1,00 M.	Licht und Gas 7,00 M.
Erwerbslosenversich.	3,54 M.	Zeitung 2,40 M.
Zusammt	12,08 M.	Schulden abzahlen 15,00 M.
also ein Nettöverdienst von	46,98 M.	Seife 4,00 M.
		unbedingte Anschaffg. 10,00 M.
Diese Summe macht		macht 95,50 M.
im Monat	187,92 M.	

Bleiben also zum Leben pro Person für einen Tag 61 Pf.

„Sie müssen sich nun überlegen, bei unserer schweren Arbeit, wie soll man da mit 61 Pfennig auskommen. Glauben Sie mir, Margarinestellen muß ich mitnehmen. Für die Kinder reicht es noch nicht mal für Milch.“

Der Bauarbeiter steht auf und überlegt einen Augenblick. Dann spricht er kurz: „Aber diesmal werden wir nicht still sein, verlassen Sie sich darauf. Gestreikt wird und nicht anders.“

Eine Bauarbeiterfrau schreibt



Trotzdem es uns schon gelungen ist, einen Teil der Bauarbeiterfrauen zu organisieren, läßt doch immer noch die Frauenbewegung in Berlin sehr viel zu wünschen übrig. Woran liegt das? Auf allen Versammlungseinladungen wird gestrommt: bringt eure Frauen mit! Trotzdem muß man feststellen, daß die Kollegen wenig darauf reagieren. Sie sind noch immer der Meinung, die Frau gehört an den Kochtopf und hat sich um Politik nicht zu kümmern. Aber Ausgabe der Frau ist es, mit ihrem wenigen Wirtschaftsgeld auszukommen und für alles gerade zu stehen. Bestimmt macht sich eine jede Frau Sorge, was sie wohl dem Manne oder dem Kinde vorschreiben soll und wovon sie die Miete am ersten eines jeden Monats be-

zahlen soll. Dies alles hat doch mit Politik sehr viel zu tun. Die Reinemachefrauen auf dem Bau spüren die Ausbeutung am eigenen Leibe. Für 50 Pfennig Stundenlohn müssen sie unter Anstrengungen diese Dreiarbeit verrichten.

Spield denn die Frau im Klassenkampf nicht eine ungeheure Rolle? Sie darf nicht zum Hemmnis des Mannes beim Streit sein, werden, sondern muß den Mann in jeder Beziehung unterstützen. Über das wird die Frau erst verstehen können, wenn der Mann sie davon überzeugt hat, an seinen Versammlungen teilzunehmen. Volles Verständnis wird bei ihr zu ihrem Mann einbrechen, und sie wird dann auch eine gute Gejährtin ihres Mannes werden. Manche Streitigkeiten, die sich in der Familie abspielen, werden hierdurch aus der Welt geschafft. Darum ist es notwendig, daß die Frauen in jede Versammlung mitgenommen werden. Darum, Bauarbeiterfrauen, trekt ein in die einzige Organisation, die eure Interessen vertritt, in die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition! Kämpft mit euren Männern, mit den revolutionären Bauarbeiter, steht ihnen bei, wenn sie für Brot und Brotkämpfen, und seid alle rote Wahlhelferinnen für ein rotes Preußen! Nur die KPD bringt Arbeit, Brot und Freiheit auch für uns Frauen!

Wahnfinnsleistungen der Steinseger

(Arbeiterkorrespondenz)



Im Steinsehgewerbe herrscht eine ungeheure Arbeitslosigkeit. Während in den anderen Jahren im Frühjahr jeder Kollege Hoffnung auf Arbeit hatte, so ist ihm jetzt jede Hoffnung genommen. Hat einer das „Glück“, vom Nachweis vermittelt zu werden, so ist es Rotslandsarbeit (40 Stunden ohne Lohnausgleich). Läßt sich ein Kollege tüchtig ausbauen und schmiert andere Kollegen beim Krauter an, so kann er vielleicht ein paar Tage länger arbeiten.

Wenn man mit den Steinarbeitern spricht, so erläutern sie, daß sie auf Grund des Berrats der Nietzsche und Konsorten vom Zentralverband der Steinarbeiter nichts mehr wissen wollen. Es ist nicht so leicht, den Kollegen von der richtigen Klassenorganisation zu überzeugen. Hier zeigen sich die Sünden der reaktionären Gewerkschaftsführer, welche die Kollegen jahrelang vom Kampf abgehalten haben. Sie haben ihnen den Glauben an die eigene Kraft genommen. Es ist nicht verwunderlich, wenn dabei die Unternehmer frech werden und Leistungen verlangen, die bei siebenstündiger Arbeitszeit höher sind als vor dem Kriege bei neunstündiger Arbeitszeit.

Die Firma Albert Brehme entläßt zwei Kollegen, weil sie in sieben Stunden nicht fünf Meter halbseinen Mosaike machen. Vor dem Kriege wurden in neun Stunden vier Quadratmeter hergestellt. Kollegen, die 20 Jahre im Beruf tätig sind, werden wegen ungünstiger Zeitung entlassen.

Ein trauriges Kapitel sind die Betriebsräte. Nirgends sind welche anzutreffen — nur dort, wo der rote Verband dazu übergeht, diese zu schaffen, erscheinen die Bogen des Zentralverbandes und arbeiten mit dem Unternehmer gemeinsam gegen die roten Betriebsräte. Auch die Unternehmer im Steinsehgewerbe werden die Löhne nach dem Muster der Baubömen abbauen. Der Zentralverband der Steinarbeiter wird genau so wie im Frühjahr 1931 und zum Lohnabbau durch die Rotverband nichts unternehmen, um diesen Vorhend zu verhindern, sonst er wird genau so wie Krause vom Baugewerksverband den Lohnabbau junctionieren.

Die Stimmung ist für den Einheitsverband unter den Kollegen sehr gut, das heißt, auch für den Kampf gegen den Lohnabbau und für den Kampf für ein rotes Preußen. Die Steinsegerkollegen werden mit uns gemeinsam gegen jedes Rotteng Lohnabbau kämpfen und rote Wahlhelfer sein für die KPD.



Das „kleinere Uebel“

Die NSDAP ist ein kleineres Uebel als die KPD.

(Arbeiterkorrespondenz)

Auf der Zehntstellenkonferenz des Chemnitzer Zentralverbandes sind einige Dinge geschehen, die wie ein Blitzlicht die politische Beschaffenheit unserer Bogenen beleuchten. Nach der Kritik der oppositionellen Kollegen erhob sich der Sozialfascist Bach. Da er die Argumente der Opposition mit keiner Silbe entkräften konnte, wurde von ihm der Ausschluß aller oppositionellen Kollegen gefordert.

Im Schluswort hat der Renegat Malz erklärt, daß er in Zukunft auch nicht davor zurückstehen werde, noch schärfere Maßnahmen gegen die Opposition zu ergreifen und im gleichen Atemzug sagte er, daß Mitglieder, die bei den Nazis sind, man nicht ausschließen könne, weil sie den Verband nicht schädigen. „Vieles zehn Nazis, als einen Kommunisten“ hat dieser Bursche erklärt und damit hat er somit klar bewiesen, daß die Sozialfascisten den Faschismus als ein kleineres Uebel betrachten, als den Kommunismus.

So entlarven sich die Helden der „Eisernen Front“ und des „kleineren Uebels“ und so bereitet man ein offenes faschistisches Regime in Deutschland mit Unterstützung der Sozialdemokraten vor.

Wer dagegen ist, der kämpft mit uns für ein rotes Preußen!

„Ich wähle KPD!“

ROTER SPORT

Borßämpfe im Lurich-Ring

Einen Großkampftag von seltenem Ausmaß startet Fichte-Lurich am Freitag, dem 15. April, im Villenringarten in Treptow. Am Treptower Park 25. Zwölf auserwählte Paarungen werden alle an ihre Kosten kommen lassen. Aus den Vereinen Berolina, Charlottenburg und Tegel sind die Gegner vom Veranstalter verpflichtet worden. Die Kampftäste der Rivalen ist als gleichwertig anzusehen und wird der Freitag erwartungsgemäß harte interessante Treffen bringen, bei denen die Sieger noch völlig ungewiss erscheinen. Folgende Kämpfer werden sich zwischen den Seiten treffen:

Zu Schopp-Berolina hat Wegener-Lurich einen nicht zu verachtenden Gegner. Dagegen trifft Heppa auf Ehrlich-Neukölln. Ob sich Freimann vom Veranstalter gegen Monien-Neukölln durchsetzen kann, kann erst der Abend ergeben. Entsprechend schwer hat es Roeder-Neukölln, der auf den technisch einwandfreien Gauls-Lurich trifft. Eine gleichmäßige Paarung ist die Begegnung zwischen Wagner und Appelt-Charlottenburg. Auf Schopp-Wedding trifft im Schülertkampf Kunz-Lurich.

Den Hauptkampf bestreiten Geride I-Lurich und Ueck-Wedding. Ersterer wird Ende April mit der Ländermannschaft in die Sowjetunion fahren und wird der Kampf mit Ueck für ihn eine ernste Prüfung sein. Man darf gespannt sein, ob sich Geride durchsetzen kann. Die Kämpfe beginnen um 20 Uhr.

Am Freitag starten die Ringer in der Turnhalle am Schlossplatz in Köpenick gegen die erprobten Kämpfer von Berolina. Diesem Treffen muß erhöhtes Interesse beigemessen werden, wenn man bedenkt, daß die Köpenicker zum Schluss der Serie eine unüberwindliche Form zeigten und dem jetzigen Landesmeister Fichte-Charlottenburg eine Niederlage beibringen konnten.

Außerdem kommt es bei den Männern der „Jansten Kunst“ zu zwei Begegnungen, die nicht minder spannend sein werden. Zwei Schüler- sowie zwei Jugendringkämpfe werden das Programm einleiten.

Die Kämpfe beginnen um 19 Uhr. Eintritt 25 Pfennig.

„Der blaue Express“ in Weißensee

Freitag, 15. April, 1930 Uhr, findet im Gesellschaftshaus Parkstr. 16 die erste Filmveranstaltung des ASB Fichte-Weißensee statt. Zur Aufführung gelangt der Russenfilm „Der blaue Express“, dazu eine musikalische Illustration ausgeführt vom Fichte-Streichorchester. Der Überschuss der Veranstaltung dient zur Schaffung eines Fichtehauses. Der Eintrittspreis beträgt für Erwachsene 25 Pfennig und für Bollarbeiter 40 Pfennig. Karten sind in der Spedition der „Roten Fahne“ sowie bei allen Fichte-Sportlern und an der Abendkasse zu haben.

Internationale Bedeutung der Weltspartakiade in Moskau 1933

Als organischer Bestand des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion in die geheinem Tempo und Maßstäben entwickelt sich die Körperfunktion und erscheint die Körperfunktion wirtschaftlich als mächtiger Faktor der Gesundung und der kulturell-politischen Erziehung der Werktätigen und als Mittel der Vorbereitung zu sozialistischer Arbeit und Verteidigung des Landes.

Durch die erfolgreiche Erfüllung des ersten Fünfjahrsplans wird die Basis geschaffen für den zweiten Fünfjahrsplan zur weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der vollständigen Evidenzierung der kapitalistischen Elemente und der Klassen überhaupt. Auf diese Weise hat sich als Resultat des Kampfes zwischen den beiden Welten, dem Kapitalismus und dem Sozialismus, das vollständige Unvermögen des Systems der kapitalistischen Wirtschaft und die volle Überlegenheit des Plan-Systems des Sozialismus erwiesen.

Die Erfüllung des Fünfjahrsplans in vier Jahren ist von historischer Bedeutung für die ganze Welt und erweist sich als ein gewaltiger Sieg nicht nur der Arbeiterklasse der Sowjetunion, sondern auch des Proletariats der ganzen Welt. Eben deshalb, als das Ergebnis einer Reihe gewaltiger Siege und wichtiger historischer Ereignisse, muß die Durchführung des Fünfjahrsplans als ein Feiertag der Werktätigen der ganzen Welt begangen werden.

Die Weltspartakiade soll den angepeinnten Kampf der Arbeiterklasse in der Sowjetunion für den Aufbau der sozialisti-

chen Gesellschaft und die grandiosen Erfolge auf allen Fronten des sozialistischen Aufbaus zum Ausdruck bringen. Die Weltspartakiade soll durchgeführt werden im Zeichen:

a) der Mobilisierung der Werktätigen der ganzen Welt für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die imperialistische Intervention und für die entscheidenden Kämpfe gegen Faschismus und Sozialfascismus;

b) der Massenpropaganda für die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems über das kapitalistische System und für den proletarischen Internationalismus;

c) einer Kampfschau aller Kräfte der Roten Sportinternationale.

Zur Vorbereitung auf die Weltspartakiade und zur Mobilisierung breiter Massendelegationen führen alle Organisationen der R.S.D. in den kapitalistischen Ländern und in der Sowjetunion vorbereitende Spartakiaden durch, wobei das Schwerpunkt auf die Durchführung von Spartakiaden auf der Basis der Betriebe gegründet wird.

Die Weltspartakiade steht im Zeichen der Massenarbeit nicht nur der revolutionären Sportler, sondern der revolutionären Arbeiterklasse.

Auch im Kampf um ein rotes Preußen werden die roten Sportler in stärkster Weise den grandiosen Aufstieg der Sportbewegung in der Sowjetunion propagieren, für alle Veranstaltungen und Aktionen gilt in stärkster Weise die Lösung:

„Rüstet zur Weltspartakiade 1933 in Moskau!“

Schachmeister-Turnier

Bor dem Ende in Gruppe A — Schwarzrock Sieger in Gruppe B

Das Turnier um die Meisterschaft des Berliner Arbeiter-Schachklubs ist in der Gruppe A nunmehr bis auf zwei Runden erledigt. Augenblicklich führt Böller-Lichtenberg mit 4½ Punkten. Darauf folgt Falle-Wedding mit 4 Punkten und 3 Hängepartien. Drei Teilnehmer haben bis jetzt je 3½ Punkte errungen. Auch bei diesen sind noch eine ganze Reihe von Hängepartien zu erledigen, so daß eine Vorauslage für das Ergebnis heute noch gar nicht möglich ist. Vor allem ist anzunehmen, daß der Berliner Meister Schwabe seinen Titel noch hartnäckig verteidigen wird.

In der B-Gruppe sind alle Runden beendet. Noch zwei Hängepartien sind zu erledigen. Abgesehen Erster, mit seiner Verlustpartie, ist Schwarzrock-Reinickendorf, Schmidtke und Jander darunter sich ebenfalls an der Spitze behaupten. Am Donnerstag, dem 14. April, werden in der Pappelallee 15 in beiden Gruppen die Hängepartien erledigt. Die Spiele beginnen um 20 Uhr.

Straßenlauf „Rund um Schönholz“

Die Gruppe Fichte-Schönholz veranstaltet anlässlich ihres 20jährigen Bestehens am 17. April einen Straßenlauf „Rund um Schönholz“. Start und Ziel 15 Uhr am Lokal Hahn, Provinz-Ecke Seebedstraße, am Bahnhof Schönholz.

Anschließend findet eine Wissensfrage der Sportler im Lokal Hahn, verbunden mit sportlichen Vorführungen, statt.

Nachfolgend geben wir eine Übersicht über die zur Durchführung gelangenden Läufe. Knaben und Mädchen aller Sparten: Staffellauf 10mal 80 Meter. Jugend, Jahrgang 14-18: Einzellauf 2500 Meter; Staffellauf 10mal 250 Meter. Frauen: Staffellauf 4mal 300 Meter; Männer: Staffellauf 10mal 400 Meter; Staffellauf 3mal 2500 Meter für Mittelstrecke; Einzellauf 7500 Meter; Gehör 7500 Meter. Startmeldungen an Rudi Weißlog, Reinickendorf-Ost, Justusstraße 22.

Die Samariterpartie Steglitz veranstaltet am Freitag, dem 15. April, einen Vortrag über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung. Im Lokal Leni, Lichtenfelde, Hindenburg-Damm 55. Beginn 20 Uhr. Eintritt 10 und 20 Pfennig.

Hier gibt es Stoff für rote Fahnen und Transparente

Um die Möglichkeiten zu schaffen, in noch stärkerem Maße als bei den Präsidentenwahlen, Berlin im Zeichen der roten Fahnen stehen zu lassen, hat die „Junge Garde“ Verkaufsstellen von Fahnenstöcken und Fahnenstoffen in den verschiedenen Stadtteilen eingerichtet.

Roter Fahnen- und Transparentstoff, lichterter roter Körper zum Preise von 40 Pfennig pro Meter.

Verkauf in der Zeit von 16 bis 19 Uhr, am Donnerstag, dem 14. Freitag, dem 15., Sonnabend, dem 16., Donnerstag, dem 21. und Freitag, dem 22. April an folgenden Stellen: Berlin-Mitte: „Junge Garde“, Brückenstraße 10b; Eckladen KL-Haus, Kleine Alexanderstraße 28.

Nordosten: Lokal Eiser, Dunckerstraße 88.

Norden: Lokal Buggert, Pankstraße 60.

Nordwesten: Spedition, Jagowstraße 12.

Südwesten: Sekretariat des UB, Kaiser-Wilhelm-Platz 2.

Süden: Spedition, Jonasstraße 27.

Osten: Lokal Heers, Wesserstraße 20.

Schöneweide: Lokal Ständer, Brückenstraße 3.

Tabaksturz auf dem Weltmarkt



Stück

6 1/3

3 Stück 20

Sie sollen Mut haben, zu diesem billigen Preise uns zu vertrauen. Sie werden staunen, daß eine so hervorragende Qualität in dieser Preislage überhaupt möglich ist. Wir benutzen die Vorteile des Tabaksturzes auf der ganzen Linie, um einen Höchst-Rekord an Qualität und Preis zu bieten.

Rotes Nabarett des NJVD.

Pharussaal, Müllerstraße 142, am Sonnabend, dem 16. April, 19 Uhr. Musik, sportliche Darstellungen, E. Weinert rezitiert. Eintritt 50 Pf.

Sammeliste gesperrt

Die Liste „Klasse gegen Klasse“ Nr. 121 761 ist gesperrt. Die Liste ist auf dem Nachweis Germanstraße abhanden gekommen.

Zeugen gesucht!

Am Donnerstag, dem 7. April, abends 8 Uhr, wurde auf der Schillingsbrücke ein Passant von einem Privatauto angefahren. Zeugen, die den Vorgang beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adresse an Adolf Oetian, Köpenicker Straße 128, Querstraße 2 Treppen, abzugeben.

UNSERE TÖTEN

Am Sonntag, dem 10. d. M., verstarb unser Parteigenosse Hermann Wegener im Alter von 81 Jahren. Bis zu seinem 76. Geburtstag war unser Genosse aktiv in der Bewegung tätig, bis zu seinem hohen Alter und Gleichum daran hinderten.

U.S. S.S., Seite 1447.

Am 10. April verstarb die Genossin Martha Bräuer, Charlottenburg, Dahlmannstraße 24. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 11. April, 15.30 Uhr, auf dem Südb.-West-Friedhof in Stahnsdorf statt. Wir bitten um rege Beteiligung. Rote Hilfe, Berlin 7.

Roter Massenselbstschutz

Veranstaltung am Sonnabend, dem 16. April 1932, im Edenspalast, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 24. Programm: Fahnenmarsch — Erich Weinert rezitiert — Theateraufführung (Junge Volksbühne) usw. Erwerbslose 50 Pf., Vollarbeiter 80 Pf. Einlaß 19 Uhr.

Hallo, Pioniere!

Wie helfen wir bei der Preußenwahl?

Haverlands Festäle, Neue Friedrich-Ecke Rochstraße, am Freitag, dem 15. April, um 16 Uhr, große Mitgliederversammlung aller Pioniere. Jeder bringt sein Mitgliedsbuch mit, und einen Sechser.

Proletarische Freidenker rufen!

Lokal Storchnest, Hohenhöchhausen, Hauptstraße 7-8, um 19.30 Uhr, öffentliche Versammlung. „Die Kirche und die soziale Massennot.“

Die am Karfreitag verbotene Kulturredigung der proletarischen Freidenker findet am Sonnabend, dem 16. April, 23.30 Uhr, im Mila-Lichtspielpalast, Schönhauser Allee 130, statt. Film: „Der schwarze Sonntag.“ Eintritt 50 und 30 Pf.

Das rote Berlin greift an!

Heute und Freitag Flugblattverteilung

Rote Wahlhelfer, voran in Betrieb, Stempelstelle und Wohngebiet!

Das Flugblattmaterial ist bereits in die Unterbezirke ausgerollt. Die Einheitsanschlüsse und die roten Wahlauschüsse sichern sich sofort durch die W.-Leitungen das nötige Agitationsmaterial.

Alle roten Wahlhelfer melden sich heute früh in den Agitationslokalen.

Hier werden sie eingeteilt für die Agitation entsprechend dem Agitationsplan für jedes Wohngebiet bzw. für jede Stempelstelle und für Verkehrszentren. Alle erwerbslosen Parteigenossen und Mitglieder der Massenorganisationen arbeiten gemeinsam mit den roten Wahlhelfern unermüdlich für den Kampf um ein rotes Preußen in Sowjetdeutschland.

Alle roten Wahlhelfer Freitag früh vor die Betriebe!

Am Freitag früh, eine halbe Stunde vor Arbeitsbeginn der Betriebe, müssen die Wahlhelfer mit Sonderzeitungen der „Roten Fahne“ und Flugblattmaterial ausgerüstet in großen Kolonnen vor den Betrieben, Ausstellung nehmen. Die Unterbezirksleitungen haben bereits für jedes einzelne Agitationsgebiet, für das zuständige Agitationslokal den Verteilungsplan für die Betriebe ausgearbeitet. Die Instrukturen und Zellenleiter überprüfen heute noch einmal alle Einzelheiten für die praktische Arbeit zu morgen, Freitag, früh.

Sie sorgen dafür, daß die den Speditionen angelieferten Sondernummern der „Roten Fahne“ rechtzeitig abgeholt und auf die einzelnen Agitationsgebiete verteilt werden.

Kein Betrieb darf vergessen werden! — In alle Betriebe müssen unsere Zeitungen!

Alle roten Wahlhelfer organisieren auf diese Weise die Massendiskussion am Freitag in den Betrieben. Die Betriebszellen nehmen ihrerseits zu dieser Massenagitation Stellung und sichern sich genügend Agitationsmaterial für die Verteilung im Betrieb.

Keine Abteilung, kein Kollege in dem Betrieb darf vergessen werden. Alle müssen die kommunistischen Argumente erhalten.

Das Schwerpunkt unserer revolutionären Massenagitation

muß entsprechend den Beschlüssen der Partei in die Betriebe verlegt werden.

Die Unterbezirksleitungen mit allen ihren Sekretariatsmitgliedern überprüfen heute noch einmal die einzelnen Maßnahmen zur erfolgreichen Massenagitation.

Alle Sekretariatsmitglieder sind freitag früh mit vor den wichtigsten Betrieben zur Massenagitation und zur Überprüfung der praktischen Arbeit.

Am Freitagmittag ist der Bezirksleitung ein schriftlicher Bericht zu erstatten über die geleistete Arbeit.

Achtung! Mitglieder der proletarischen Massenorganisationen!

Heute und Freitag treten alle Mitglieder der Massenorganisationen in den roten Wahlhelferlokalen an zur Flugblattverteilung vor den Betrieben und in den Wohngebieten. Die Funktionäre der proletarischen Massenorganisationen sind aufgerufen, ihrerseits an ihre Mitglieder heranzutreten und diese Arbeit zu organisieren. Alle aktiven Kämpfer der roten Klassefront melden sich zur roten Massenagitation für ein rotes Preußen, für ein Sowjetdeutschland!

Der Terror der Richardstraße-Nazis

„... . . . darum die Gegenwehr“ — Die Verhörmethode der Polizei

„Ja, ich habe an dem Demonstrationszug teilgenommen“, erklärte gestern im Richardstraße-Prozeß mutig und offen der Angeklagte Deig. Die Demonstration, sagte er weiter, sei notwendig gewesen, weil die Nazis verlust hatten, sich mit allen Mitteln in Neukölln einzunisten. „Die Neuköllner Bevölkerung ist ständig von den Nazis terrorisiert worden, darum die Gegenwehr!“

Deig selber sei wiederholt von dem Sturmführer Meier bedroht worden. Aber die Polizei habe nichts gegen das Treiben der Nazis unternommen. Deig mache noch die sensationelle Mitteilung, daß auch der Mordsturm 23 in Neukölln gewesen ist, und das Lokal Richardstraße als Stützpunkt für Überfälle benutzt habe.

In der Verhandlung am Vormittag erfuhrn die Verhörmethode der Polizei eine besondere Beleuchtung. Eine Hauptbeschuldigte der Staatsanwaltschaft, Anna Lehmann, die Freundin des Angeklagten Gloschke, schilderte wie es dazu gekommen war, daß sie einen Teil der Angeklagten belastet hatte, trotzdem sie so gut wie gar nichts von den Vorgängen in der Richardstraße wußte. Natürlich widerrief sie jetzt vor Gericht ihre polizeilichen Aussagen und erzählte wahheitsgemäß, daß sie bei der Polizei die Protokolle nur unterschrieben habe, weil man ihr sagte, ihr Freund würde dadurch frei werden.

Lehrlich ist die Aussage der Schwester des Angeklagten Haase zu gestanden.

Aus den Aussagen des Zeugen Langenhein, der in Neukölln herumlaufende Gerüchte wiedergegeben hatte, wurde von der Polizei ein Protokoll gemacht, aus dem hervorgeht, daß ihm Angeklagte Angaben über ihre angebliche Täterschaft gemacht haben sollen. Als Langenhein sich gegen diese Darstellungen energisch verwahrt, geht dies dem Gericht so gegen den Strich,

dass sowohl der Vorsitzende Schmidt wie der Staatsanwalt Volk den Zeugen mit Strafe bedrohen.

Langenhein bleibt aber fest.

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag, 9.30 Uhr, Neues Kriminalgericht, Turnstraße, Saal 106, vertagt.

Beisehung der ertrunkenen Jungarbeiter

Auf dem Weizenleer Gemeindefriedhof in der Roeststraße findet heute um 15 Uhr die Beisehung der Opfer der Bootskatastrophe auf dem Werbellinsee statt. Die Leiche des ehemals durch den Reichssinn des städtischen Heimleiters mit extratenlosen Erwerbslosen Böttcher ist bisher noch nicht gefunden worden.

Heute rote Fahnen und Transparente heraus!

Kein Arbeiterhaus ohne roten Schmuck

Jede Fahne und jedes Transparent muß außer einer Lösung Sichel und Hammer und eine große

4 tragen

Parteileitungen kontrollieren den Straßenschmuck

Neraus die Fahnen, heraus die Transparente!

Frauen führen Frieden
von Emma P. Domberger

Copyright by „Rote Fahne“, Berlin, 1932.

3. Fortsetzung

Eine Viertelstunde später ratterten wieder alle Maschinen, drehten sich wieder tausend Walzen und glätten und polieren das kalte Eisen, das gebraucht wurde, um die Männer draußen, deren Frauen hier standen, zu tödern zu machen.

Luise stand immer noch weinend über ihre Arbeit gebeugt. Die Tasche, daß ihr die Aufseherin wegen unerlaubten Verlassen des Arbeitsplatzes eine Strafe angekündigt hatte, berührte sie gar nicht.

„Ist das nicht zum Verhängen? Maria, wir stehen hier und schützen und machen uns krank und kaputt und drehen Granaten für den Krieg, damit wir was zu fressen haben. Damit wir uns ernähren und leben können, stellen wir Kriegsmaterial her, das unsere Männer zum Tode befördert.“

„Wie unsere Männer? Unsere Granaten treffen doch nicht unsere Männer, die treffen doch nur den Feind!“ erwiderte Maria Schüß.

„Ja, und wer ist der Feind? Sind das nicht auch Männer wie unsre, deren Frauen drüber auf der andern Seite Granaten drehen? In Frankreich, in England, in Russland, in Italien, überall ist es doch dasselbe. Überall stehen Frauen in den Munitionsfabriken und fertigen die Werkzeuge, mit denen man ihre Männer in den Tod jagt. Ich mach Schluss, ich kann nicht mehr!“

„Schluss machen? — Wieder Stempeln gehen? — Noch mehr hunger? Nein“ lagte Maria Schüß. „Ich mache das nicht mit. Du magst ja Recht haben, daß das alles ganz verrückt ist, was wir machen. Aber was nicht es, wenn wir beide Schluss machen. Überhaupt — die da drüber haben angefangen, dann sollen sie auch zuerst aufhören.“

Luise dachte einen Augenblick nach.

„Angesangen? Wissen wir denn überhaupt, wer angefangen hat?“

Noch stellte auch Luise die Frage nicht so: Für wen wird der Krieg gemacht? Was ist Vaterland? Für was gehen Millionen Menschen in den Tod? Es fiel ihr auch nicht auf, daß sich in den Mänen der Herren Direktoren, Betriebsleiter und wie sich sonst die „Unabkömmlichen“ titulierten, von Tag zu Tag, wenn sie sich unbedacht glaubten — eine größere Genugtuung und Zufriedenheit widerriefen. Denn der Krieg, das war ein Geschäft, und das Geschäft ging gut! Die Umstellung des Produktions von landwirtschaftlichen Maschinen zu Kriegsgeräten hatte sich geholt. Ihretwegen konnte das immer so weitergehen.

Sie waren weit vom Schutz verdienten und wurden bis und seit

Die Erinnerung an das Unglück verfolgte Luise viele Tage lang. Die Arbeit in der Munitionsfabrik machte sie ganz unglücklich. Der Gedanke, daß jeder einzelne sich schuldig mache, der sich an der Kriegsproduktion beteiligte, verließ sie nicht mehr.

Im Jugendheim klärte sie bestige Diskussionen gegen den Krieg. Sie kümmerte sich besonders um die Aufrechterhaltung und Verbindung mit den Jugendgenossen im Felde. „Wann macht Ihr Schluss?“ schrieb sie in ihrem Briefen. Sie schilderte ihnen die Verhältnisse zu Hause und in der Fabrik.

Eines Tages wurde sie zum Betriebsleiter gerufen. Sie glaubte schon an ihre Entlassung, da sie im Betrieb hin und wieder über den Unfall und den Krieg gesprochen hatte. Der Betriebsleiter war ein alter Sozialdemokrat. Ob er es fertigbringt, mich rauszuholen? „Fräulein Köhler“, sagte er, „ich würde von Herrn Wundres auf Sie auferksam gemacht. Wie gefällt Ihnen die Arbeit? Ist Sie Ihnen nicht zu schwer?“

„Das schon, es strengt sehr an, besonders die Nacharbeit!“

„Na, da kann ich Ihnen ja helfen! Sie können doch ein bisschen schreiben? Ich meine, Sie haben doch eine gute Handchrift? Und rechnen können Sie doch wohl auch? Wir brauchen eine Kuchille für das Schuhbüro. Es ist jemand krank geworden. Am Freitag müssen die Schuhläden fertig sein. Da gibt es immer viel zu tun. Sie bekommen für diese Zeit Wochentlohn. Wollen Sie probieren? Wenn's nicht geht, können Sie an ihre letzige Arbeit zurückgehen.“

Luise schnappte einen Augenblick nach Lust. Das hatte sie nicht erwartet. Sie sagte natürlich zu.

Vor allen Dingen freute sie sich, auf diese Weise wieder ein wenig mehr Zeit für die politische Arbeit zu bekommen.

Luise bekam durch ihre neue Beschäftigung manches zu hören und zu sehen, was sie in Erstaunen setzte. Sie mußte sie zum Beispiel auch Beschwerden der Vorarbeiter und Meister zu Protokoll nehmen. Die Meister der einzelnen Abteilungen lieferen jeden Abend einen Bericht über „ihre“ Arbeiterinnen und deren „sonstiges Verhalten“. Da hatte sie unter anderem zu notieren: „Die Arbeiterin Frieda Schmidt erlaubte sich, als ich sie kontrollierte, eine freche Antwort zu geben. Als ich ihr sagte, Sie haben das zu machen“, antwortete sie, „ich mache noch lange nicht alles, was Sie wollen!“ — Ich werde dieses Subjekt genau beobachten. Unterschrift Meister Mathias.“

Oder ein anderer schrieb: „Die Arbeiterin Anna Giesecke singt dauernd unanständige Lieder, besonders sozialistische. Sie tritt sehr oft aus und bleibt immer lange auf dem Platz. Wahrscheinlich liest sie dort Zeitungen. Der Vorarbeiter Schmidt hat bei der Wasserleitung und im Kloster Flugblätter gefunden, die gegen den Krieg heben und von Vaterlandsverächtern unterschrieben sind. Ich beantrage daher, die Arbeiterin Giesecke und auch die Arbeiterin Müller, die ebenfalls immer rote Zeitungen liest, zu entlassen. Die Beobachtungen werden fortgesetzt.“

Die Kontrollleurin Krüger gab folgendes zu Protokoll: „Dauernd kommen Beschwerden wegen der unzureichenden Wortschärfen. Es kommt vor, daß Arbeiterinnen, nach dem Gründen ihres langen Ausbleibens befragt, angeben, daß sie bei den Aborten warten müssen. Ich bitte deshalb zu prüfen, ob es möglich ist, noch einige Worte anzuhauen, und zwar solche geschlossenen, sondern solche, in denen einer Aufwartestrau Kontrolle möglich ist (halbe Türen).“

Diesen Vorschlägen und Beschwerden wurde immer prompt nachgegangen. Man baute auch ein Abortanlage, nebeneinander in einer langen Reihe, mit halben Türen. Unten durch konnte man die Beine der Frau bis zu den Waden und oben den Kopf sehen. Eine Aufwartskrau wurde zur Kontrolle eingesetzt. Zeitungen lesen wurde streng verboten.

„Wie schrecklich ist doch der Krieg“, sagte Maria Schüß atemlos, als der Proberalarm vorüber war. Auf dem Hof war eine neue Wärmelinde angelegt worden, die bei Fliegerangriffen in Bewegung gesetzt werden sollte. Das hatte man mal ausprobiert. Die Arbeiterinnen flüchteten durch die Notausgänge in den Keller. Fortsetzung folgt.

Feuilleton der Roten Fahne

Nummer 80 / Beilage
Donnerstag, 14. April 1932

Historisches Panoptikum

Eine Zukunftsgeschichte von Jack Hawley

Zeit und Ort des Geschehens: Wachsfigurenkabinett in der Ausstellung des Kommunistischen Jugendverbandes: „Die herrschende Klasse vor 20 Jahren“, anlässlich der Eröffnung des Sowjetjugendpalastes im Jahre 1932.

Die Ausstellung enthält Wachsfiguren von allen führenden Männern der „herrschenden Klasse“ um 1932 und von allen ihren Unterstützern von Sowjetwijk bis Hitler.

Es ist die erste Nacht nach Eröffnung des Kabinetts. Mitternacht. Man hört die 12 obligaten Glöckenschläge. In die Wachsfiguren kommt Leben. Sie sehen sich erstaunt an. Allgemeine Begeisterung, Händeschütteln, Verbeugungen, Strammstehen. Die Figuren gruppieren sich langsam alle um Hindenburg.

Brüning: Ich glaube, Exzellenz, im Namen aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich sage, daß es uns eine besondere Freude und Ehre ist, Sie in unserer Mitte begrüßen zu können.

Hindenburg: Hm — ja — bitte — ich war ja immer für die Mitte.

Brüning: Ich glaube, meine Herren, wir sollten die Stunde, die uns zur Verfügung steht, ausnützen und einige wichtige Fragen besprechen. Was meinen Exzellenz?

Hindenburg (erstaunt): Ich? Hm — ja — na, ich meine gar nichts. — Geben Sie nur her, ich unterschreibe.

Brotat (aufgeregter blubbernd): Also ich weiß nicht, wie das alles passiert ist. Mir ist das heute noch nicht klar. Die Karte führt doch schon sehr schön.

Leo Sklarek (bitter lachend): Nur die Fahrgäste sind ausgebüsst, weil Du die Preise so oft erhöht hast, Frize.

Hitler: Also ich bin der Ansicht, Vollgenossen, daß die Juden...

Kahnenellenbogen (ihn unterbrechend): Aber hören Sie doch auf, Herr Hitler, hier ist das doch lächerlich, wir sind doch unter uns.

Hitler (erschrocken und ängstlich in sich zusammenziehend): Ich bitte um Entschuldigung, ich vergaß — — —

Thyssen: Er meint es ja auch gar nicht so (klappt Hitler auf die Schulter), ein seelenguter Mensch. Nur schade, daß wir auf die Dauer so wenig Glück mit ihm gehabt haben, Geld genug hat er uns ja gelöst.

(Einige Industriemagnaten nicken zustimmend.)

Severing: Also ich begreife das auch nicht, wir hatten doch wirklich alles. Wir hatten das kleinere Uebel, wir hatten einen Staat, der gelegentlich mal zupackte, wir hatten die „eiserne Front“ und das eiserne Buch. Also ich verstehe das nicht.

Brüning (zu Hindenburg): Was meinen Exzellenz dazu?

Hindenburg (verwirrt aus dem Halbschlaf aufwachend): Wie bitte? — Eisen? — Not bricht Eisen Haahaha — (leiser lacht mit) — acho — ja — hm —, Sie meinen eisernen Hindenburg? Ja, ja — stand auf dem Potsdamer Platz. — — —

Kahnenellenbogen: Das war ja der Fehler, meine Herren, ich hätte nie in Eisen spekuliert. Eiserner Hindenburg, eiserner Kanzler, eiserne Front, eisernes Buch, alles Blech. Wenn Sie mich damals gefragt hätten, ich hätte Ihnen gleich gesagt: Eisen ist kein Geschäft. Hätten Sie in Eisen gehandelt, Herr Sklaré? Ausgeschlossen, was?

Leo Sklaré: Da müßten Sie Sklaré fragen, ich hab keine Ahnung vom Geschäft. (Allgemeines Gelächter.)

Groener: Das Gründel ist, daß wir diese Kommunisten nicht beitreten verboten haben...

Kautsky: Jawohl — und mit der zivilisierten Welt gegen Russland Krieg geführt haben.

Seydelwitz: Das wäre ja noch schlimmer gewesen. Sie kennen die Leute nicht. Mein Weg war schon der richtige. Tun, als ob man Freund ist, aber in Wirklichkeit...

Noske: Ach was, es hat nicht genug Deutsche gegeben, die den Mut gehabt haben, Bluthunde zu sein.

Goebbels: Erlauben Sie mal....

Hitler: gleichzeitig. Das ist ja eine Beleidigung....

Heilbronn: Hören Sie mal, unsere SA....

Hitler (scharf dazwischenfahrend): Ich protestiere energisch gegen solche jüdisch-marglistischen Verleumdungen.

Kahnenellenbogen (wärtlich drohend): Herr Hitler...!

Hitler (erschrocken): Verzeihung, die Aufregung — ich vergeh wirklich...

Noske: Ich meine Sie ja auch gar nicht. Ich meine die Herzen von den Behörden.

(Eine Anzahl der Figuren macht empörte Gesichter. Es kann aber niemand antworten, da alles abgelenkt wird, weil Hindenburg fest eingeklappt und vom Stuhle gefallen ist. Man bemüht sich um ihn.)

Zörgiebel (Tränen in der Stimme): Das Herz bricht einem. So eine Roheit, solch einen alten Mann den Strapazen einer Ausstellung auszusetzen.

Leo Sklaré: Na hören mal. Sie haben ihn doch auch den Strapazen einer Präsidentenwahl ausgelebt.

Kahnenellenbogen: Das war der zweite Fehler. Diese Kommunisten haben uns doch alles vermasselt. Das Volk....

Brüning: Hören Sie schon auf mit Ihren Fehlern. Das

wissen wir alles allein. Wenn wir es richtig gemacht hätten, ständen wir nicht hier.

Leo Sklaré: Sie hätten es ja nie richtig machen können.

(Alles schreit durcheinander: Unerhörbar! — Jüdische Freiheit! — — paar unterhauen, — Chutzbe, — Keine Ahnung von Politik!!!)

Leo Sklaré (ganz verblüfft): Jetzt sage ich schon mal die Wahrheit, schon wollen mich die Leute lyphen.

Kahnenellenbogen: Wie können Sie auch so leichtfertig sein. Wir sind jedenfalls hier und müssen uns alles gefallen lassen.

Rudi Breitscheid: Was wollen Sie, ich fühle mich ganz wohl. Sehen Sie mal, was für einen feinen Frack Sie mir angezogen haben. (Stolz) An einem wirklichen Gentleman prallen in einem solchen Frack alle Unannehmlichkeiten ab.

Wels: Du hast gut reden, verehrter Genosse. Mich haben sie hingestellt und haben mir hier doch ein schweres eisernes Buch in die Hände gedrückt. Das muß ich den ganzen Tag halten. Ich spüre jetzt meine Arme taum.

Sahm: Und bei mir haben sie eine Leiter hingebaut, auf die jeder hinaufsteigen kann, um mich ganz genau anzusehen. Sie wissen gar nicht, wie unangenehm das ist. Diese Jugend hat solch freche Augen. Außerdem muß ich den ganzen Tag ein Schild halten, auf dem steht: Eine Seltzachme Figur.

Kautsky: Ja, ja, diese Jugend. Mich haben sie heute dauernd unterm Bart gefiebert. Hätte man diese Brut doch nur ausgerottet, als ich das damals immer verlangt habe.

Küntzler: Läßt dir doch den Bart abnehmen, Genosse. Einsieben kann ich dich ja, ich mach das gern, weil ich doch jetzt so wenig Gelegenheit dazu habe, und baldieren kann dich Genosse Noske.

Goebbels: Mir hat man einen „Angriff“ in die Hand gedrückt. Jetzt habe ich den ganzen Tag einen Leitartikel von mir vor Augen. Mir ist schon ganz schlecht.

Stampfer: Na, mir gehts mit dem „Vorwärts“ nicht besser.

Wels: Also ich bin wirklich der Ansicht, daß wir uns das nicht gefallen lassen sollten.

Thomas Mann: Sehr richtig. Schließlich sind wir doch hier die größten Geister Deutschlands.

Küntzler: Jawohl, wir müssen ganz energisch dagegen kämpfen, daß wir hier öffentlich ausgestellt werden. Vor keinem Mittel dürfen wir zurückstehen. Ich schlage vor, ... wir nehmen eine Resolution an.

Borling: Haben Sie noch nicht umgelernt, Herr Küntzler? Was wollen Sie denn in dieser Situation machen?

Wels (sierlich): Meine Herren, ich spreche im Namen meiner Genossen. Geben Sie uns die Macht, dann werden wir...

Brüning: Wie, in einer Minute ist ein Uhr.

(Die Figuren eilen auf ihre Plätze. Nur Hindenburg bleibt auf einem Stuhl schlafend sitzen. Die Uhr schlägt eins. Die Figuren erstarren.)

★

Morgens 7 Uhr. Einige Ordner, Komsozialen kommen in Begleitung eines älteren Genossen pfeifend in den Raum.

1. Komjomalz (geht, das Komjomalzen summend, von einer Figur zur anderen, um zu sehen, ob alles in Ordnung ist. Vor dem schlafenden Hindenburg steht er erstaunt stehen.): Nanu! Was ist hier los? Da muß doch einer dran gedreht haben. — Hallo — kommt doch mal her. Hat der immer so gesessen, oder hat der gestanden?

Der ältere Genosse (sachend): Läßt man, so ist das viel besser. So stimmt das noch nicht.

2. Komjomalz: Und hier hat einer die Zeitungen verfaulst, der hier (auf Goebels zeigend) hat den „Vorwärts“ und die Dresdner (auf Stampfer zeigend) hat den „Angriff“ in die Hand.

Der ältere Genosse (sachend): Die müssen wir allerdings wieder umtauschen. Ein prinzipieller Unterschied besteht zwar nicht, aber wegen der historischen Richtigkeit. Ihr wißt schon...

3. Komjomalz (kommt lachend aus einer Ecke): Also Kinder, lange kann ich hier in der Ausstellung nicht mehr bleiben, sonst leidet noch meine Gesundheit. Immer wieder, wenn ich die Figuren hier sehe, muß ich mir totlachen...

(Die ersten Besucher kommen, sie brechen bei ihrem Eintritt in schallendes Gelächter aus...)

Parteiveteran (vor dem schlafenden Hindenburg stehend): Heute können wir darüber lachen. Damals war das eine toterne Sache. Eine wichtige Etappe zur Revolution war das, unser Kampf damals. Aber lasst man — — es hat sich gelohnt...

Abbau! Abbau!

Soviet hat die sozialdemokratische Preußenregierung für die Volksgesundheit übrig

	1931	1932	1930	1932
Staatlicher Wohnungsbau	165 000 000 M.	45 000 000 M.	kindern in 26 Städten litten 152 560 = 28,5 Prozent an Zahnschäden	
Seuchenbekämpfung	500 000 M.	275 000 M.		
Tuberkulosebekämpfung	760 000 M.	150 000 M.	Kinderspeisung	800 000 M.
Gegen Alkoholmissbrauch	350 000 M.	1 000 M.	1931: 720 000 M.	250 000 M.
Jugendpflege	3 000 000 M.	850 000 M.	Zur Betreuung jugendlicher Erwerbsloser neu eingesetzter der Betrag von (Gesamtzahl jugendlicher Erwerbsloser etwa 1 Million.)	
Kleinkinder und Jugendfürsorge	450 000 M.	125 000 M.		50 000 M.
Fürsorgerziehung	25 800 000 M.	15 000 000 M.		
Landaufenthalt für Kinder langfristiger Erwerbsloser	720 000 M.	250 000 M.		
Krebsbekämpfung	35 263 M.	21 400 M.		
Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit	1930	1932		
Krüppelfürsorge	600 000 M.	177 000 M.		
Gefährdetenfürsorge	20 000 M.	gestrichen		
Sport und Sportarztwesen	135 000 M.	10 000 M.		
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	900 000 M.	150 000 M.		
Schulgesundheit und Zahnpflege (Von 335 124 untersuchten Schul-	42 950 M.	7 500 M.		
	64 800 M.	15 000 M.		

Achtung — Wir hören mit!

Die bürgerliche Presse lobt den Rundfunk ziemlich allgemein dafür, daß er am Montag Proklamation aus Bert Brechts Drama „Die heilige Johanna der Schlachtfeste“ brachte. Ausgenommen ist dabei natürlich der „Angriff“ für den das gefürchtete Elend der Hitlerer Schachtwarbeiter und seine Folgen „bläßliches Machwerk“ sind.

Ganz abgesehen von den großen technischen Möglichkeiten, gab die Sendung dem Arbeiter mehr, sowohl in der Form als auch im Inhalt. Und andererseits gibt diese „liberale Großmilitärität“ der Rundfunk eine gute Gelegenheit, die täglichen arbeiterfeindlichen Beobachtungsversuche und insbesondere die ganz unverhohlene, neu eingeschlagene Auslandsherrschaft des Rundfunks geschickt zu verdecken.

Berlin
15.20 Uhr: Aus Arbeit und Leben: Hörvorbericht aus der Siedlung „Bärenfau“ bei Berlin.

Königs Wusterhausen
19 Uhr: Bilder vom heutigen Aufstand: Maschine und Mensch — Gegenfeste der neuesten Entwicklung der Gewerkschaften. (11)

Wusterhausen

20 Uhr: Wochenendrundschau und Briefstellen (deutsch).



MARTIN BRINKMANN A.G.
ZIGARETTENFABRIK BREMEN

TRUSTUKONZERNFREI. REIN DEUTSCHES UNTERNEHMEN

Koche besser!
Koche billiger!
verlange gratis das
Sanella Kochbuch



Sanella
MARGARINE

FROM THE MARGARINE-VERKAUFS-UNION, ABTEILUNG KOCHBUCH, BERLIN C2, BURGSTR. 24

Der Scheinideal

„Wir bauen auf die Vergesslichkeit“

Programm und Wirklichkeit — Einfach nicht zu erkennen

Wie verhält sich das, was die Sozialdemokraten vor den Wahlen versprechen, zu dem, was sie in Wirklichkeit tun? Ich will euch noch eine kleine Anekdote erzählen.

Habt ihr schon gehört, — kommt einmal Franz zu seinem Stammtisch hereingestürzt — habt ihr schon gehört, daß Kurt in der Lotterie 100 000 Mark gewonnen hat?

Das stimmt nicht ganz, bemerkt einer vom Stammtisch. Der Fall ist mir genau bekannt. Erstens ist es nicht Kurt, sondern der Herbert; zweitens hat er gar nicht in der Lotterie gespielt, und drittens hat sein Los gar nicht gewonnen.

Also alles stimmt bis auf eine „Kleinigkeit“. Erstens hat er nicht gespielt, zweitens hat er nicht gewonnen, drittens ist es gar nicht er, sondern ein anderer. So verhält es sich mit den sozialdemokratischen Wahlversprechungen. Sie stimmen alle bis auf eine „Kleinigkeit“, nämlich, daß keiner von den Führern daran denkt, diese Versprechungen durchzuführen, daß jedes Versprechen vor der Wahl nach der Wahl ins Umgelahrte sich verwandelt. Man denke da z. B. an das große Versprechen im Jahre 1928: Kinderspeisung statt Panzerkreuzer. Und nach der Wahl ist daraus geworden: Panzerkreuzer statt Kinderspeisung. Als das gleiche, nur um eine „Kleinigkeit“ verändert.

Mein Nachbar ist ein sozialdemokratischer Bonze. Er spricht mit mir offen und ehrlich. Vor der Präsidentenwahl war er deprimiert. Ich fürchte, sagte er, diesmal gehts uns ernst an den Kragen. Die Nazis haben verstanden, unsere Versprechungen zu überbieten.

Am Abend nach der Wahl kam er triumphierend zu mir hereingestürzt.

„Nun, was sagen Sie jetzt?“

„Wozu denn?“

„Ich meine zum Ausgang der Wahlen. Wir Sozialdemokraten haben einen glänzenden Sieg erzielt. Wenn ich offen sein soll, unser Glück ist die Vergesslichkeit der Massen. Ja, es ist einfach ein Glück, daß das menschliche Hirn so beschaffen ist, daß sich die Tatsachen, die man erlebt, nicht aufzuhören und jedem jederzeit in Erinnerung sind. Das ist natürlich besonders für die Nazis ein Glück. Stellen Sie sich vor, wie die Nazis heute ausschauen würden, wenn man daran denken würde, was sie früher einmal versprochen haben, wie sie früher zu reden pflegten und wie sie

Vom Wahlposten erschossen

II. Würzburg, 13. April. Der Obergefreite Hans Richter kam in der Dienstagnacht zu spät vom Urlaub zurück. Er wollte über die Mauer der Kaiserreie steigen und wurde dabei von dem Posten der Maschinengewehrkompagnie angeschossen. Als er nach wiederholtem Anrufen nicht antwortete, gab der Posten, der annahm, daß es sich um einen Einbruchsvorfall handelte, seiner Dienstvorschrift entsprechend, Feuer. Richter wurde auf der Stelle getötet.

Selbstmord einer dreitöpfigen Familie

Der Geschäftsführer Kaiser der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Seehausen (Kreis Mansfeld), seine Ehefrau und das zweijährige Tochterchen wurden in ihrer Wohnung mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. Die Motive dürften darin zu suchen sein, daß sich in der Kassenführung Kaisers Verfehlungen herausgestellt hatten.

In der Waschhütche verbrann

In einer Waschhütche des Hauses Dorfstraße 11 in Marienfelde brach ein Brand aus. Bei der Lösung des Feuers fand man die völlig verkohlte Leiche der 43jährigen Ehefrau Maria Donath. Es wird Selbstmord angenommen, da Frau D. schon vor einiger Zeit einen derartigen Verlust unternahm. Wahrscheinlich hat sich die Frau mit einer leicht brennbaren Flüssigkeit übergossen und sich dann selbst angezündet.

Noch immer Hochwasser der Theiß

Das Hochwasser der Theiß hat, wie aus Budapest gemeldet wird, noch immer nicht seinen höchsten Stand erreicht. Die Bewohner der gefährdeten Ortschaften campieren die ganze Nacht hindurch im Freien. Allein in dem Dorfe Tokai wurden über 270 Wohnhäuser überflutet. In Hofjärfurt blieben von 125 Häusern nur 24 verschont, 20 Häuser sind bereits eingestürzt.

Schiffunglück bei den Philippinen

In schwerem Sturm ging ein kleines Schiff auf der Höhe der Insel Batan unter. Von den 25 Mann starken Besatzung werden 19 vermisst.

Eine deutsche Siedlung in Polenien völlig überwemmt

II. Warschau, 13. April. Dem „Kurier Polski“ zufolge ist die deutsche Kolonie Olsztyn in Polenien infolge eines plötzlichen Dammbruchs völlig überwemmt worden. Einige Kolonisten sind den Hochwüten zum Opfer gefallen. Zahlreiches Vieh ist umgekommen.

Achtung! Achtung! Sanne und Eva sprechen im Radio, aber sie halten keinen langwierigen Vortrag, sondern sie unterhalten sich über praktische Alltagserfahrungen. Auch Sie können zuhören. Fortschritt im Haushalt, das heißt Sanne verwenden.

„Warum sollten wir von den Gegnern nicht lernen? Im Moment, wo wir erkannt haben, daß man mit leeren Versprechungen wirken kann, warum sollten wir uns das entgehen lassen? Ich sage es Ihnen offen: die Massen wollen leere Versprechungen und nichts anderes. Vor den Wahlen muß man Schwager bringen. Wir stellen einfach die Behauptung auf, die Kommunisten sind für Hitler. Bevor ihr das Gegenteil beweist, sind diese Argumente in breite Schichten eingedrungen und die Massen sind so für uns gewonnen. Ja, man muß es verstehen, an die Massen heranzutreten. Und warum sollen wir nicht einfach alles versprechen? Hat Hitler nicht mit leeren Versprechungen mehr als 13 Millionen Stimmen auf seine Liste vereinigt? Wer wird uns morgen zur Verantwortung ziehen, wenn wir das nicht durchführen, was wir versprochen haben? Und bis zur nächsten Wahl sind ja noch vier Jahre.“

Den Kleinbürger kann man mit leeren Versprechungen einsingen. Der klassenbewußte Arbeiter muß sich die Tatsachen der letzten Jahre in Erinnerung rufen, muß die Parteien danach beurteilen, was sie versprochen und was sie gehalten haben. Die Kommunistische Partei macht keine leeren Versprechungen. Sie weist auf die Tatsache der Sowjetunion hin. Dort gibt es Arbeit und Brot, dort gibt es keine Krise und keine Arbeitslosigkeit. Wer nicht leeren Worten aufsagen will, der stellt sich unter die Führung der Kommunistischen Partei.

Leo.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Giftige Berufe

Die Gefahren für den Arbeiter

Seitdem die organische Chemie, also der Teil der Chemie, der sich mit den Kohlenstoffverbindungen beschäftigt, eine immer übertragendere Stellung in der gesamten Industrie einnimmt, haben sich in vielen Berufen Gefahren eingestellt, die bislang dort nicht bekannt waren. Ganz neue Erkrankungen treten auf und verlangen ganz neue Behandlungen, heißen, wenn sie sich häufen, nach schleunigster Abhilfe. Dazu gehört zu allererst genaue Kenntnis der Krankheit selbst, ihres Verlaufes und vor allem ihrer Ursache.

Und hier fügt die medizinische Wissenschaft noch fast im Dunkeln. Wenn auch in manchen Punkten schon Klarheit besteht, so ist die Zahl der Erkrankungsfälle häufig doch noch so gering, daß bindende Schlußfolgerungen daraus noch nicht gezogen werden können. Am bekanntesten ist noch von diesen modernen gewerblichen Vergiftungen die Benzol- und Benzolvergiftung. Handelt es sich doch hierbei meist um die Wirkung des gefährlichen Kohlenoxydäses. Dieses ist in den verschiedensten Gasgemischen enthalten, so im Leuchtgas zu sechs bis zehn Prozent, bei der Teergewinnung in den Abgasen bis zu 60 Prozent, bei der Holzdestillation bis zu 40 Prozent, bei Explosionsgasen des Schießpulvers bis zu 30 Prozent. In schlecht gelüfteten, geschlossenen Räumen kann es, vor allem bei mangelhafter Funktion der Abzugrohre bis zu 0,6 Prozent enthalten sein. In so kleinen Mengen wird es im allgemeinen nur Unschärfe, Müdigkeit, Kopfschmerzen und Brechreiz verursachen.

Viel gefährlicher ist es, wenn, wie das vor allem in der letzten Zeit häufiger vorgekommen ist, von Chauffeuren oder Monteuren, die in einer geschlossenen Halle bei laufendem Motor arbeiten, die Verbrennungsgase des Benzin- und Benzol-Gemisches eingetauscht werden. Diese enthalten 25 bis 30 Prozent Kohlenoxyd. Das Einatmen eines solchen Gasgemisches führt schon nach kurzer Zeit zum Tode. Das Kohlenoxydgas klammert sich an den roten Blutkörperchen mit einer 250mal stärkeren Kraft als der Sauerstoff. Das Blut verliert die Fähigkeit, den Körper mit frischem Sauerstoff zu versorgen: ein typischer Erstickungstod ist die Folge.

Von ganz besonderer Bedeutung für die Verbreitung der modernen Gewerberkrankheiten ist die Haut, die ja einen Teil der Atmung durchzuführen hat. Gifte können also nicht nur durch den Magen-Darmkanal oder durch die Lungen in den Blutkreislauf gelangen, sondern auch durch die Haut. Diese Tatsache spielt bei der Überempfindlichkeit der meisten Menschen gegen gewisse Gifte, vor allem aus der Benzolreihe, eine große Rolle. Hier sind es in erster Linie die nitrierten Benzole, also das so gefürchtete Nitrobenzol, das als „Mirbanoel“ in der Parfümerieindustrie Verwendung findet. Ein bis zwei Tropfen dieser aus dem Benzol

durch Destillation mit Schwefel- und Salpetersäure gewonnenen Substanz bewirken, auf die Haut gebracht, den sofortigen Tod.

Das Nitrobenzol ist die Vorstufe des Anilinbenzols, das im täglichen Leben als „Anilin“ bekannt ist. Die Anilinverarbeitung ist heute einer der wichtigsten Zweige der chemischen Industrie geworden. Anilin wird nicht nur zur Herstellung von Farben verwendet, sondern es findet in der gesamten pharmazeutischen Industrie, in der Parfümerie-, Seifen-, Schuhcreme-, Zelluloid-, photographischen, Schallplattenindustrie Verwendung und wird zur Herstellung von Sprengstoffen und unverbrannten Gasen gebraucht.

All die verschiedenen, der Anilinreihe zuzurechnenden chemischen Stoffe haben die gleiche Eigenschaft: sie sind ganz besonders gefährliche Blutgifte. Sie verändern den Blutkörperchen ähnlich wie das Kohlenoxyd. Sie noch der Schwere der chronischen Vergiftung — denn um eine solche wird es sich ja meist handeln — kommt es zunächst zu Schwindel, Appetitlosigkeit, Kopfschmerzen. Das Blut ist seiner Aufgabe, die Atmung zu bemerkstelligen, nicht mehr gewachsen. Es kommt zu Sauerstoffmangel im Gewebe, der sich äußerlich als „Blausucht“ anzeigt. Dieses Stadium der Erkrankung ist als Anilinosis bekannt. Leichtere Grade werden in Ablehnung an ähnliche Erkrankungen im Tierreich von den Arbeitern als „Anilinpips“ bezeichnet. Hierbei steht die neroße Unruhe, der dauernde Erregungszustand der Kranken im Vordergrund.

Die Benzol- und Anilinvergiftungen sind gegenwärtig von allen modernen chemischen Vergiftungen am besten erforscht. Einerseits, weil sie ihrer Ausdehnung nach die größte Bedeutung haben, andererseits, weil es sich um Gifte handelt, die schon seit längerer Zeit bekannt sind und deren Wirkungen seit Jahren beobachtet werden. Es wäre also, demnach anzunehmen, daß es mit Leichtigkeit gelingen müßte, die durch die Erforschung dieser Vergiftungen gewonnenen Erfahrungen nutzbringend zur Vorbeugung anzuwenden, um Leben und Gesundheit der in diesen Industrien beschäftigten Arbeiter zu schützen. Das aber ist eben der Widerstand der gesamten bürgerlichen Wissenschaft im kapitalistischen Staat überhaupt. Auf Grund der Forschung werden fast ausschließlich Mittel zur Heilung bereits eingetretener Erkrankungen angegeben, der Vorbeugung wird aber eine weit geringere Bedeutung beigemessen. Und wo dies einmal in einem größeren Ausmaße gelingt, da verstehen die Unternehmer im Verein mit dem ihnen willkürigen Staatssapparat die Anbringung notwendiger Arbeiterschutzworrichtungen zu verhindern. Die „Rentabilität des Betriebes“ ist das bei diesen Gelegenheiten immer herbeigezogene Schlagwort, wenn es gilt, auch nur geringfügige Ausgaben im Interesse des Wohlergehens zu machen.

Dr. Swienty.

VOLKSBUHNE

Theater am Bülowplatz

8 Uhr:

Kamrad Kasper

CASINOTHEATER

8 Uhr Lothringer Str. 37 8½ Uhr

Berlins neuestes Operettentheater

Peppina

Operette in 3 Akten

Musik von Robert Stoltz

Gutschein für 1-4 Personen:

Parkei. 0,50, Fauteuil 1,00, Sessel 1,50

PIAZZA

Nähe Schles. Bhf.

1040, Sitz. 2, 1, Reg.

Tel. E 7 Nieders 4031

Ein Lied der Liebe

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung

Berlin O 112, Crossener Straße 3

Täglich frische Fische

Fluß- und Seefischhandlung